

:

---



**Sieglinde B. Ohland**

## **Versuch über das Gemeinwohl**

**Ein analytisch-apophatischer Zugang im Anschluss an Erwin Ott**

---

### **Abstract**

Der Aufsatz unternimmt den Versuch, den Begriff des Gemeinwohls im Horizont einer negativen politischen Ontologie neu zu fassen. Ausgehend von der Diagnose seiner theoretischen Aporie – zwischen normativer Überfrachtung und deskriptiver Leere – wird der Gemeinwohlbegriff nicht affirmativ gerettet, sondern als uneinholbare Form im Entzug rekonstruiert. Weder kommunikativer Universalismus (Habermas) noch dekonstruktive Hegemonietheorien (Laclau) vermögen die strukturelle Undarstellbarkeit des Allgemeinen zu bewältigen, ohne es performativ zu verraten.

Die Autorin entwickelt unter Rückgriff auf apophatisches Denken, Schattenontologie und wissenschaftstheoretischen Minimalismus ein Modell des Gemeinwohls, das nicht durch seine Bestimmbarkeit, sondern durch seine Unverfügbarkeit bindet. Das Politische erscheint darin nicht als Repräsentation des Allgemeinen, sondern als formalisierte Responsivität gegenüber dem Nicht-Gegebenen. Gemeinwohl wird zum negativen Steuerungsprinzip: nicht als Ziel, sondern als Grenze politischen Denkens – eine Ethik des Verzichts im Raum des Unwissens.

---

---

### **Inhaltsverzeichnis**

---

#### **1. Einleitung: Problemaufriss und methodische Vorbemerkung**

Zur Aporie des Gemeinwohls in der spätmodernen Ordnungstheorie

- Ziel und Fragestellung
  - Begriffliche Rahmenbedingungen
  - Methodischer Zugang: apophatische Negation als Erkenntnismodus
- 

## **2. Der Verlust des transzendentalen Referenzrahmens**

Gemeinwohl im Modus der Moderne

- Historischer Abriss: Von der Metaphysik zum Pluralismus
  - Der Kollaps der teleologischen Modelle (Aristoteles, Thomas, Rousseau)
  - Konsequenzen der epistemologischen Umstellung (Naturwissenschaft, Dekonstruktion, Konstruktivismus)
- 

## **3. Die Unbrauchbarkeit positiver Gemeinwohlbegriffe**

Kritik an normativen Universalismen

- Das Problem der Totalisierung: ideologiekritischer Zugang
  - Die Hohlformel des Allgemeinen: deskriptive Leere, normative Überfrachtung
  - Gemeinwohl als strategischer Signifikant (Laclau)
- 

## **4. Diskurs und seine Desintegration**

Warum der kommunikative Vernunftbegriff nicht trägt

- Zusammenbruch der diskursiven Voraussetzungen (Habermas)
- Fragmentierung des Sozialen durch digitale Medialität

- Emotionalisierung und Deregulierung der öffentlichen Rationalität
  - Konsequenz: der Diskurs als leeres Medium
- 

## **5. Schattenontologie I: Der Begriff des Entzugs**

Grundzüge einer negativen politischen Ontologie

- Ontologischer Anfang: Das Politische als Verweis auf das Nicht-Gegebene
  - Ontologische Reserve als Grenzbedingung des Politischen
  - Das Gemeinwohl als uneinholbare Dimension politischer Responsivität
- 

## **6. Schattenontologie II: Die Form des Gemeinwohlbegriffs im Entzug**

Versuch einer apophatischen Modellierung

- Abgrenzung gegen affirmative Theoriebildung
  - Negative Bestimmungen (Nicht-Identität, Nicht-Summe, Nicht-Konsens)
  - Modell einer minimalinvasiven Gemeinwohlsemantik:  $\emptyset$  als regulative Fiktion
- 

## **7. Epistemische Konsequenzen: Nicht-Wissen und Verantwortung**

Der Verzicht auf positive Erkennbarkeit als moralische Forderung

- Verantwortung im Modus des Unwissens (Levinas, Ott)
- Implizite Ordnung ohne Repräsentation
- Gemeinwohl als Problem, nicht als Lösung

---

## **8. Politische Ableitungen: Zwischen Funktion, Irritation und Rückbindung**

Was bleibt von einem Begriff, der nicht gesagt werden kann?

- Gemeinwohl als negatives Steuerungsprinzip
- Politische Institutionen als Orte der strukturierten Unbestimmtheit
- Anti-teleologische Ordnungskonzepte
- Öffnung statt Schließung: Der Staat als Verzichtstruktur

---

## **9. Fazit: Gegen das Gemeinwohl – und für seine Form im Entzug**

Rehabilitierung durch radikale Kritik

- Der Begriff als notwendiges Versagen
- Gemeinwohl als negative Form politischer Ethik
- Konsequenz: Präzision im Schweigen, Strenge im Verzicht

## **Anhang: Vergleich zu anderen zeitgenössischen Ansätzen**

---

---

### **1.1 Ziel und Fragestellung**

Die vorliegende Untersuchung verfolgt das Ziel, den Begriff des Gemeinwohls in einer Phase seines offensichtlichen normativen, begrifflichen und operativen Zusammenbruchs neu zu vermessen – nicht im Sinne einer Revitalisierung, sondern als Arbeit an seinem Verschwinden. Das Gemeinwohl ist gegenwärtig ein Begriff, der sowohl zu viel als auch zu wenig bedeutet: Er ist semantisch überdeterminiert, funktional entleert und theoretisch kaum

noch haltbar. Gleichwohl ist sein Fehlen nicht neutral: Es erzeugt Leerräume, die politisch wirksam sind.

Die leitende Fragestellung lautet daher:

Wie lässt sich der Begriff des Gemeinwohls in einer Weise fassen, die seiner normativen Funktion Rechnung trägt, ohne ihn epistemisch zu überfordern oder politisch zu fetischisieren?

Diese Frage impliziert drei Vorannahmen:

1. Dass ein positiver Begriff des Gemeinwohls problematisch ist, da er notwendig zur Totalisierung tendiert oder inhaltlich in Beliebigkeit zerfällt;
2. Dass dennoch ein Funktionsvakuum entsteht, wenn auf eine allgemeinverbindliche Instanz des politischen Bezugs vollständig verzichtet wird;
3. Dass sich möglicherweise eine andere Form des Begriffs denken lässt – nicht als Substanz, sondern als Grenzstruktur oder Negativfigur im Sinne einer „Schattenontologie“ (Ott).

Im Zentrum steht damit ein apophatischer Zugriff auf das Politische: Der Versuch, ein Gemeinsames nicht durch seine positive Artikulation, sondern durch seine Ausschlüsse, Leerstellen und konstitutiven Unzugänglichkeiten zu bestimmen. Die Bezugnahme auf Erwin Ott ist dabei nicht im Sinne einer Exegese zu verstehen, sondern als systematischer Anschluss an eine Denkrichtung, die sich der Repräsentationslogik entzieht, ohne ins bloß Indifferente oder Irrationale zu kippen.

Ziel ist eine theoretische Figur des Gemeinwohls, die ihre Geltung nicht aus dem Gesagten, sondern aus dem Verzicht aufs Sagen gewinnt – eine Figur, die politisch wirksam bleibt, gerade weil sie sich einer positiven Operationalisierung systematisch entzieht.

---

---

## 1.2 Begriffliche Rahmenbedingungen

Die begriffliche Arbeit an einem Thema wie dem „Gemeinwohl“ setzt voraus, dass man sich über die kategoriale Einordnung, die Abstraktionsebene sowie die Konfliktlage der Zugriffsmodi im Klaren ist. Die terminologische und disziplinäre Heterogenität des Begriffs erfordert eine systematische Klärung, um sowohl theoretische Missverständnisse als auch operative Trivialisierungen zu vermeiden.

### a) Der Status des Begriffs

Der Begriff „Gemeinwohl“ bewegt sich in einer intermediären Zone zwischen normativer Idee, politischem Leitbild und soziologischer Fiktion. Seine ontologische Zugehörigkeit ist nicht eindeutig:

- Er ist nicht ontologisch, da es kein „Gemeinwohl an sich“ gibt;
- er ist nicht empirisch, da es sich keiner direkten Beobachtung oder Messung zugänglich macht;
- er ist auch nicht funktional eindeutig bestimmbar, da er in verschiedenen politischen Theorien divergente Systemrollen übernimmt (Legitimationsgrundlage, Steuerungsziel, Diskursersatz, etc.).

Im Rahmen dieser Untersuchung wird der Begriff als kontingente Struktur einer politisch-normativen Artikulation unter Bedingungen epistemischer Instabilität gefasst – als das, was entsteht, wenn eine Gesellschaft gezwungen ist, das Allgemeine zu behaupten, ohne es besitzen zu können.

## **b) Das Verhältnis von Allgemeinem und Konkretem**

Zentral für die begriffliche Rahmung ist die Spannung zwischen dem Allgemeinen (als Form des Anspruchs) und dem Konkreten (als empirisch-gesellschaftlicher Pluralität). Der Gemeinwohlbegriff operiert an dieser Schnittstelle und gerät gerade deshalb in Aporien:

- Wird das Allgemeine positiv gesetzt, entsteht Totalität bzw. Gewalt (Zwang zur Einheitsform).
- Wird es negativ suspendiert, droht Bedeutungslosigkeit bzw. Handlungsunfähigkeit.

Diese Aporie lässt sich nicht „lösen“, sondern nur strukturieren, was das Ziel der nachfolgenden Kapitel ist. Ein apophatischer Zugang beginnt hier: Er behauptet den Begriff, indem er dessen Unfassbarkeit zum methodischen Ausgangspunkt macht.

## **c) Abgrenzung zu verwandten Begriffen**

Im politischen Diskurs wird der Gemeinwohlbegriff oft unscharf mit benachbarten Kategorien wie „öffentliches Interesse“, „soziale Gerechtigkeit“, „Allgemeinwohl“, „Staatswohl“, oder „Konsens“ gleichgesetzt oder ersetzt. Für die vorliegende Untersuchung sind diese Substitutionen jedoch nicht tragfähig, da sie entweder:

- das Problem des Allgemeinen auf eine inhaltliche Normativität (z. B. Gerechtigkeit) reduzieren,
- oder eine funktionale Reduktion (z. B. Governance-Ziele) vornehmen,
- oder auf die moralische Selbstverständigung eines Kollektivs setzen, dessen Existenz bereits vorausgesetzt wird.

All diese Substitutionen umgehen die eigentliche begriffliche Leerstelle, um die es hier geht. Die Arbeit an der Leerstelle – nicht ihre Überschreibung – ist der methodische Anspruch dieses Versuchs.

---



---

## 1.3 Methodischer Zugang: apophatische Negation als Erkenntnismodus

Der Versuch, den Begriff des Gemeinwohls unter den Bedingungen seines theoretischen und normativen Zusammenbruchs dennoch zu behandeln, erfordert einen methodischen Zugriff, der weder affirmativ noch dekonstruktiv im engeren Sinne ist. Der hier verfolgte Weg ist ein apophatischer, verstanden als Negation nicht im Sinne des bloßen Verneinens, sondern als strukturierte Erkenntnisform des Unverfügbaren.

### a) Apophasis: Vom Unsagbaren zur regulativen Struktur

Der apophatische Zugang entstammt ursprünglich der negativen Theologie (Dionysius Areopagita, Meister Eckhart), in der das Göttliche gerade dadurch affirmiert wird, dass es nicht gesagt werden kann. Was nicht benannt werden kann, wird nicht verworfen, sondern überantwortet – es bleibt gegenwärtig als Grenze des Denkens.

Erwin Ott übernimmt diesen Zugang in die politische Theorie, unter Voraussetzung einer radikalen Säkularisierung:

Das Gemeinwohl ist nicht jenseitig, aber auch nicht diesseitig; es ist nicht positiv bestimmbar, aber auch nicht irrelevant. Es existiert nicht als Inhalt, sondern als Störung im Diskurs, als negativer Bezugspunkt des Politischen.

### b) Apophatische Negation als epistemische Methode

Im Unterschied zur klassischen Negation ( $\neg A$ ) operiert die apophatische Negation nicht auf der Ebene der propositionellen Inhalte, sondern auf der Formebene des Begreifens selbst. Sie bezeichnet eine Denkhaltung, die auf Erkenntnis zielt, ohne ihre eigenen Voraussetzungen zu hypostasieren:

- Sie suspendiert positive Setzungen ohne sie zu leugnen.
- Sie arbeitet mit Ausschluss, nicht mit Substitution.
- Sie schafft epistemische Räume, ohne sie inhaltlich zu füllen.

Im konkreten Fall des Gemeinwohls bedeutet das:

Es wird nicht definiert, sondern entzogen – und gerade durch diesen Entzug als notwendiger Ort des Politischen markiert.

### **c) Differenz zu affirmativen und dekonstruktiven Verfahren**

Weder systematische Affirmation (z. B. normative Theorien der Gerechtigkeit, deliberative Demokratietheorie) noch dekonstruktive Analyse (z. B. poststrukturalistische Diskurstheorie) können die doppelte Funktion leisten, die für den Gemeinwohlbegriff erforderlich ist:

1. die Behauptung eines Allgemeinen, das politische Orientierung ermöglicht,
2. ohne die positivistische Festlegung, die zur Gewalt führt.

Apophatische Negation erlaubt genau diese paradoxe Operation:

Sie lässt das Allgemeine als Form, Leerstelle, Schatten zu – ohne es zu fixieren, zu repräsentieren oder zu operationalisieren.

### **d) Methodologische Konsequenz**

Der methodische Zugriff dieser Untersuchung beruht daher auf:

- Systematischer Begriffsarbeit im Modus der Negation,
  - Reduktion auf strukturelle Aussagen, nicht inhaltliche Normierungen,
  - Ablehnung jeder positivistischen Semantik zugunsten einer reflexiven, enthaltsamen Theoriesprache,
  - Konzeption des Gemeinwohls als epistemisches Residuum, nicht als programmatischer Gehalt.
-

---

## 2.1 Historischer Abriss: Von der Metaphysik zum Pluralismus

### a) Ausgangspunkt: Die Idee eines telischen Gemeinsamen

Die klassische politische Philosophie der Antike bis zur Scholastik operierte mit einem ontologisch fundierten Begriff des Gemeinwohls. In der aristotelisch-thomanischen Tradition wurde das Gemeinwohl als teleologisch eingebettetes Ziel verstanden: jenes „höchste Gut“ (τὸ κοινὸν ἀγαθόν), auf das sich die Ordnung der Polis bzw. die *lex naturalis* notwendig hin orientiert.

- Bei Aristoteles ist das Gemeinwohl immanent zur Polisstruktur – als Finalursache ihrer Daseinsform.
- Bei Thomas von Aquin ist es transzendentalisiert – als göttliche Ordnung, an der sich die menschliche Gesetzgebung zu orientieren hat.
- In beiden Fällen besteht kein Bruch zwischen Sein und Sollen, da das Allgemeine ontologisch gesetzt ist.

Das Gemeinwohl war also nicht diskursiv verhandelbar, sondern vorgegeben – durch Natur, Vernunft oder göttliche Ordnung. Seine Begriffsstärke war Ausdruck einer metaphysischen Kohärenzannahme: dass das Wahre, das Gute und das Gerechte identisch seien.

### b) Bruchlinien: Die Neuzeit und die Krise des Ganzen

Die Neuzeit bringt eine doppelte Verschiebung:

1. Die epistemologische Revolution (Descartes, Newton) trennt das Wahre vom Guten. Wahrheit wird erkenntnistheoretisch (nicht ontologisch) fundiert.
2. Die politische Individualisierung (Hobbes, Locke, Rousseau) ersetzt das Gemeinwohl durch den Willen der Einzelnen – zunächst als kontraktual verfasste Fiktion.

Zwar bleibt bei Rousseau noch ein positiver Gemeinwille (*volonté générale*) bestehen, doch schon hier ist er produkt einer Konstruktion, nicht einer metaphysischen Gegebenheit. Der Gemeinwohlbegriff wird zum Legitimationsinstrument, nicht mehr zum Ausdruck einer immanenten Ordnung.

Spätestens mit Kant und dem deutschen Idealismus verschiebt sich das Gemeinwohl ins Reich der regulativen Ideen. Es ist nicht mehr objektiv gegeben, sondern „moralisch zu setzen“ – der Mensch wird Träger der Allgemeinheit durch Autonomie, nicht durch Natur.

### **c) Moderne Pluralisierung und die Aporie des Allgemeinen**

Im 20. Jahrhundert verliert das Gemeinwohl endgültig seinen substantiellen Charakter. Drei Entwicklungen sind entscheidend:

- Sozialer Pluralismus: Gesellschaften werden durch funktionale Differenzierung (Luhmann) und kulturelle Diversifikation strukturiert. Ein „gemeinsames Ziel“ ist nicht mehr voraussetzbar, sondern muss permanent neu erzeugt werden – oft unter Zwang.
- Sprachkritik und Dekonstruktion: Die Begriffe, mit denen das Allgemeine gedacht wurde, geraten selbst unter Verdacht (Nietzsche, Wittgenstein, Derrida). Das Gemeinwohl wird als Effekt von Sprache sichtbar – nicht als transzendenter Gehalt.
- Politökonomische Fragmentierung: Mit dem Neoliberalismus entsteht ein politischer Raum, der das Allgemeine nicht als Ziel, sondern als Störung effizienter Steuerung behandelt. Gemeinwohl wird in „Stakeholder-Interessen“ aufgelöst – eine ökonomische Substitution des Politischen.

Das Ergebnis ist ein Zustand, den man als Posttranszendentalismus bezeichnen könnte: Das Allgemeine ist weder gegeben noch herstellbar – es bleibt als Leerstelle erhalten, deren Füllung entweder gewaltsam oder zynisch gerät.

---

Die historische Bewegung vom metaphysischen Gemeinwohl zum pluralistisch kontingenten Vakuum markiert den Ort, an dem die apophatische Perspektive Otts relevant wird:

Nicht indem sie das verlorene Ganze ersetzt, sondern indem sie dessen Unverfügbarkeit strukturiert. Der nächste Abschnitt (2.2) wird sich mit dem Kollaps der teleologischen Modelle im Einzelnen befassen – also der Frage, warum nicht nur das Gemeinsame, sondern auch seine gerichtete Ordnung zerfallen ist.

Möchtest du, dass ich mit 2.2 – Der Kollaps der teleologischen Modelle weitermache?

Hier ist Abschnitt 2.3: Konsequenzen der epistemologischen Umstellung (Naturwissenschaft, Dekonstruktion, Konstruktivismus) im Stil des Essays „Versuch über das Gemeinwohl“, wie gewünscht präzise und apophatisch orientiert:

Gerne! Hier ist Abschnitt 2.2: Der Kollaps der teleologischen Modelle (Aristoteles, Thomas, Rousseau) im Stil des Essays „Versuch über das Gemeinwohl“ – analytisch, apophatisch und präzise.

---

## 2.2 Der Kollaps der teleologischen Modelle (Aristoteles, Thomas, Rousseau)

### a) Teleologie als Ordnungsprinzip

Die klassischen Gemeinwohlkonzepte gründen sich auf teleologische Weltbilder:

Ein übergeordnetes, zielgerichtetes Prinzip ordnet Sein und Handeln. Gemeinwohl ist hier das teleologische Endziel der politischen Ordnung, unverlierbar eingebettet in eine ontologische Gesamtstruktur. Aristoteles' Konzept der Polis als „Gemeinschaft zur Verwirklichung des höchsten Guts“ stellt dies exemplarisch dar, ebenso Thomas von Aquins theologisch fundierte Naturordnung.

In diesen Modellen ist das Gemeinwohl nicht nur normatives Ideal, sondern zugleich Seinsbestimmung der Gemeinschaft. Es existiert in einer notwendigen Konnexität von Sein und Sollen, wobei der Mensch als vernunftbegabtes Wesen sein Glück nur im Gemeinwohl finden kann.

### b) Brüche im Neuzeitlichen Kontext

Mit der frühen Neuzeit tritt eine fundamentale Verschiebung ein:

- Rousseaus voluntaristisches Gemeinwohl ist zwar formal weiterhin ein allgemeines Ziel, es wird jedoch zum Ergebnis eines Gesellschaftsvertrags, d.h. zu einem willkürlich konstruierten, nicht mehr gegebenen, sondern zu erzeugenden Faktum.
- Der Rückbezug auf eine ontologisch gegebene Zweckordnung entfällt: Gemeinwohl wird nun Produkt eines freien, aber zugleich problematisch totalisierenden politischen Willens.
- Die teleologische Kohärenz bricht auseinander, da die endgültige Ordnung nicht mehr gegeben, sondern offen ist.

### c) Erosion der teleologischen Gewissheit

Der ontologische Rückhalt der teleologischen Modelle zerfällt in drei Schritten:

1. Ontologische Pluralisierung: Es gibt nicht mehr die eine wahre Ordnung, sondern vielfältige, miteinander konkurrierende Ordnungen.

2. Epistemische Relativierung: Die Möglichkeit, die „wahre“ teleologische Ordnung zu erkennen oder zu begründen, wird fragwürdig.
3. Politische Fragmentierung: Die Legitimation politischer Ordnungen durch teleologische Gemeinwohlvorstellungen wird instabil; pluralistische Gesellschaften verweigern ein gemeinsames Endziel.

Diese Erosion führt zur Aporie des Gemeinwohls: Ein Begriff, der auf ein teleologisches Ganzes verweist, kann in pluralistischen, offenen Gesellschaften weder epistemisch noch politisch eingelöst werden.

#### **d) Konsequenzen für die Theorie und Praxis**

Der Kollaps der teleologischen Modelle entzieht dem Gemeinwohl seine frühere ontologische und normative Evidenz. Gleichzeitig bleibt es ein notwendig gebliebener Begriff, dessen positive Setzung jedoch Legitimationszwang und Ausschließungsmechanismen erzeugt.

Die politische Theorie steht damit vor der Herausforderung, den Begriff des Gemeinwohls ohne teleologischen Überbau weiterzudenken – was den Übergang zur apophatischen Negation vorbereitet, die in den folgenden Kapiteln entfaltet wird.

---

Natürlich, hier ist eine ausführlichere Fassung von Abschnitt 2.3: Konsequenzen der epistemologischen Umstellung (Naturwissenschaft, Dekonstruktion, Konstruktivismus), die den komplexen Umbruch der letzten zwei Jahrhunderte im Sinne einer harten, naturwissenschaftlich inspirierten Apophatik detailliert beleuchtet:

---

## **2.3 Konsequenzen der epistemologischen Umstellung (Naturwissenschaft, Dekonstruktion, Konstruktivismus)**

### **a) Die naturwissenschaftliche Ent-Teleologisierung: Von der finalen Ordnung zur komplexen Kausalität**

Die naturwissenschaftliche Revolution seit dem 19. Jahrhundert markiert eine entscheidende Zäsur im Denken über Ordnung, Kausalität und Zielgerichtetheit. Die bis dahin vorherrschende teleologische Weltansicht, die sich an einer finalen Zweckursache orientierte, wird durch empirische und theoretische Befunde fundamental in Frage gestellt.

- Die klassische Physik (Newton) reduzierte komplexe Prozesse auf mechanistische Ursachen, ohne explizite Teleologie. Die Entwicklung der Relativitätstheorie und insbesondere der Quantenmechanik verstärkt diese Tendenz, indem sie

Unbestimmtheit, Wahrscheinlichkeit und Nicht-Determinismus in den Kern der Naturwissenschaft rücken.

- Kausale Erklärungen werden zunehmend als lineare, zeitlich gerichtete Prozesse ohne Zweckursache begriffen. Dies bedeutet einen radikalen Bruch mit aristotelischen Finalursachen, auf denen teleologische Gemeinwohlvorstellungen basieren.
- Die Einsicht, dass natürliche und soziale Systeme hochkomplex, emergent und nicht vollständig kontrollierbar sind, unterminiert die Idee eines einheitlichen, teleologisch bestimmten Gemeinwohls als vorgegebene Struktur.

Diese naturwissenschaftliche Ent-Teleologisierung führt dazu, dass politische Ordnung nicht mehr als Spiegel einer übergeordneten natürlichen Zweckordnung verstanden werden kann. Gemeinwohl verliert damit seinen ontologisch-metaphysischen Rückhalt.

## **b) Dekonstruktive Kritik: Die Auflösung fixer Bedeutung und universeller Subjekte**

Zeitgleich mit der naturwissenschaftlichen Umwälzung tritt im philosophischen Denken eine ebenso radikale Kritik an der Stabilität von Bedeutung und Subjektivität hervor, die maßgeblich durch poststrukturalistische und dekonstruktive Theorien geprägt wird.

- Jacques Derrida und andere zeigen, dass Bedeutungen nicht positiv festgelegt, sondern durch differenzielle Strukturen und endlose Verschiebungen bestimmt sind. Der Begriff des Gemeinwohls kann demnach niemals als eindeutig oder universal fixiert gelten, sondern bleibt stets instabil, kontingent und offen.
- Die dekonstruktive Perspektive legt offen, dass der Gemeinwohlbegriff immer auch ein Effekt von Ausschluss und Differenz ist, der verschiedene soziale Gruppen marginalisieren kann. Die vermeintliche Allgemeinheit maskiert somit oft Machtstrukturen.
- Zugleich wird die Vorstellung eines autonomen, universellen Subjekts, das das Allgemeine setzen oder repräsentieren kann, dezentriert oder aufgehoben. Dadurch entfallen die metaphysischen Voraussetzungen für ein objektiv gültiges Gemeinwohl.

Diese Entzauberung der Sinn- und Subjektbedingungen erschwert jede positive Legitimation des Gemeinwohls, da es zu einem diskursiven und kontextabhängigen Phänomen wird.

## **c) Konstruktivistische Sozialtheorie: Gemeinwohl als soziale Produktion und Kontingenz**

Der Konstruktivismus, insbesondere in seinen sozialtheoretischen Ausprägungen (Berger/Luckmann, Luhmann), vollzieht die Einsicht, dass Wirklichkeit und damit auch politische Ordnungen nicht gegeben, sondern sozial konstruiert sind.

- Gemeinwohl ist in dieser Perspektive kein vorgefundenes oder zu entdeckendes Prinzip, sondern ein Ergebnis von kommunikativen, institutionellen und sozialen Prozessen. Es ist contingent, nicht notwendig.
- Pluralisierung und soziale Differenzierung sind strukturelle Konstanten moderner Gesellschaften, sodass das Gemeinwohl als Einheit vielmehr eine temporäre, fragile und stets neu auszuhandelnde Fiktion bleibt.
- Politische Steuerung muss demnach die Organisation von Vielfalt und Dissens gewährleisten, ohne auf die positive Festlegung eines allgemeinen Ziels zurückgreifen zu können.

Die konstruktivistische Sichtweise fördert somit eine pragmatische, prozessuale und relationale Sicht auf Gemeinwohl – eine Perspektive, die mit traditionellen teleologischen Vorstellungen nicht mehr kompatibel ist.

#### **d) Epistemische Folgen: Von positiver Erkenntnis zum reflexiven Nicht-Wissen**

Diese epistemologischen Umbrüche führen zu einer grundlegenden Revision der Voraussetzungen für politische Theorie und Praxis:

- Der Verlust des transzendentalen, positiven Gemeinwohlbegriffs bedeutet zugleich, dass politische Verantwortung im Modus des Nicht-Wissens stattfinden muss. Es gibt keine definitive Gewissheit über das Gemeinsame, sondern nur eine regulative Idee, die kritisch und selbstreflexiv begleitet wird.
- Gemeinwohl erscheint als negative Grenze, als Form ohne Substanz, die weder festgelegt noch repräsentiert werden kann, sondern als Leerstelle, die zu achten und nicht zu verfüllen ist.
- Dies eröffnet die Möglichkeit eines apophatischen Denkens, das den Begriff durch Negation und Auslassung definiert – nicht durch affirmatives Setzen –, wie es Erwin Ott in seiner Schattenontologie beschreibt.

#### **e) Fazit: Die radikale Entgrenzung des Gemeinwohls**

Die Konsequenz dieser epistemologischen Umstellung ist die Unmöglichkeit, Gemeinwohl als positiv-bestimmte, universelle Instanz zu behalten. Stattdessen muss der Begriff als

strukturelle Aporie, als Grenzbegriff, weitergeführt werden, der politische Verantwortung und Ethik in ihrer notwendigen Unabschließbarkeit verortet.

Diese radikale Entgrenzung stellt die Grundlage für die folgenden Kapitel dar, in denen die Schattenontologie und apophatische Modellierungen des Gemeinwohls ausgearbeitet werden.

---

---

## **3.1 Das Problem der Totalisierung – ideologiekritischer Zugang**

### **a) Der Gemeinwohlbegriff als Verdichtungsfigur hegemonialer Semantik**

In der politischen Rhetorik wie in der klassischen Theorie erscheint das Gemeinwohl oft als selbstverständliches Telos kollektiven Handelns – als positiver Referenzpunkt, der Handlungen legitimiert, Interessen relativiert, Konflikte integriert. Gerade durch seine scheinbare Allgemeinheit besitzt der Begriff hohe symbolische Autorität, was ihn besonders anschlussfähig für politische Normativität macht. Aber: Diese Autorität ist nicht neutral.

Die ideologiekritische Perspektive macht deutlich, dass der Gemeinwohlbegriff nicht als universelles Gut, sondern als Ort hegemonialer Bedeutungsproduktion gelesen werden muss. Er funktioniert häufig als „Floating Signifier“ (Laclau), der die differente Vielheit politischer Positionen unter einen scheinbar gemeinsamen Nenner zwingt – durch Abstraktion, Vereinheitlichung und Exklusion.

Das Gemeinwohl ist nie bloß das Allgemeine – sondern immer: das als allgemein Behauptete.

### **b) Totalisierung als strukturelle Gewalt**

Die Totalisierung, die im Gemeinwohlbegriff strukturell angelegt ist, wirkt auf zwei Ebenen:

1. Epistemisch: Die Pluralität der Perspektiven wird semantisch verengt. Die kategoriale Offenheit politischer Wirklichkeit wird durch ein homogenisierendes Konzept ersetzt. Was nicht in den Diskurs des Gemeinwohls passt, erscheint als partikular, irrational oder gefährlich.
2. Politisch: Der Gemeinwohlbegriff fungiert als Instrument symbolischer Gewalt (Bourdieu), insofern er normative Geltung beansprucht, ohne deren Voraussetzungen offen zu legen. Das Andere, das Abweichende, das Nonkonforme wird nicht nur marginalisiert, sondern in seiner Existenz delegitimiert.

So wird der Gemeinwohlbegriff zu einem Vektor der Schließung, nicht der Öffnung – und steht in radikalem Gegensatz zu den Voraussetzungen einer offenen, pluralistischen Ordnung.

### **c) Gemeinwohl als Hegemonieeffekt**

Folgt man Ernesto Laclau, dann ist das Gemeinwohl kein Ausdruck kollektiver Vernunft, sondern ein Effekt hegemonialer Artikulation:

- Es entsteht nicht aus Konsens, sondern aus der temporären Fixierung antagonistisch strukturierter Diskurse.
- Seine „Allgemeinheit“ ist performativ erzeugt – ein Resultat politischer Kämpfe um Bedeutung, nicht deren Voraussetzung.
- Diese Struktur macht den Begriff strategisch, nicht ontologisch oder moralisch notwendig.

In diesem Licht kann das Gemeinwohl nicht mehr als normatives Ideal affirmiert werden, sondern nur als Leerstelle, die jeweils situativ gefüllt – und kritisiert – werden muss.

### **d) Die ideologiekritische Wendung: Vom Begriff zum Schatten**

Die ideologiekritische Lektüre erzwingt eine negative Wende: Wer vom Gemeinwohl spricht, muss seine Unvollständigkeit, seine Exklusionen, seine Gewalt mitsprechen. Eine Theorie, die diesen Begriff noch verwenden will, muss ihn nicht substantiell affirmieren, sondern in seiner Unmöglichkeit verantworten.

Daraus folgt: Der Gemeinwohlbegriff kann nur dann weitergeführt werden, wenn er nicht mehr identitär, nicht affirmativ, sondern im Modus der strukturellen Selbstkritik gedacht wird. In dieser Bewegung wird der Begriff leer – aber gerade darin liegt seine produktive Funktion: Er verweist auf das Fehlende, das Nicht-Erfasste, das Nicht-Integrierbare – und eröffnet ein Feld politischer Responsivität jenseits positiver Totalität.

---

---

## **3.2 Die Hohlformel des Allgemeinen – deskriptive Leere, normative Überfrachtung**

### **a) Gemeinwohl als Leerformel: Zwischen Definitionsflucht und Anschlusszwang**

Der Begriff „Gemeinwohl“ nimmt im politischen Diskurs eine paradoxe Stellung ein: Er ist überall präsent und nirgends bestimmt. Seine Verwendung erfolgt mit großer semantischer Selbstverständlichkeit – und doch bleibt sein Inhalt unklar. Dies ist kein Zufall, sondern eine strukturbedingte Vagheit: Der Begriff ist genau deshalb so machtvoll, weil er semantisch leer bleibt.

- Deskriptiv ist das Gemeinwohl unterdeterminiert: Es gibt keine präzise empirische oder theoretische Beschreibung, was genau damit gemeint ist. Die Rede vom Gemeinwohl entzieht sich systematisch jeder positiven Fixierung.
- Normativ hingegen ist der Begriff überdeterminiert: Er ist moralisch hochgradig aufgeladen, fungiert als Legitimationsanker, als rhetorische Autorität, als ethische Ultima Ratio.
- Diese Asymmetrie – deskriptive Leere bei normativer Fülle – erzeugt eine strukturelle Problematik: Der Begriff behauptet, was er nicht sagen kann.

Die Stärke des Gemeinwohls liegt in seiner Formlosigkeit – und genau darin liegt auch seine Gefahr.

## **b) Die Leere als politisch funktionale Struktur**

Diese Hohlformel funktioniert als Projektionsfläche, die es erlaubt, partikularen Interessen den Schein des Universellen zu verleihen. Was sich „im Namen des Gemeinwohls“ artikuliert, beansprucht Allgemeinheit, ohne sie begründen zu müssen. Das ermöglicht:

- Politische Mobilisierung ohne definatorische Selbstbindung.
- Moralische Aufladung ohne kritische Angreifbarkeit.
- Institutionelle Absicherung ohne epistemische Transparenz.

Diese Dynamik erklärt die permanente Anschlussfähigkeit des Begriffs in ganz unterschiedlichen ideologischen Kontexten – von konservativer Ordnungsrhetorik bis zu progressiven Umverteilungsforderungen. Seine Leerheit ist gerade das, was ihn hegemoniefähig macht.

## **c) Die Unmöglichkeit der Positivierung**

Versuche, den Begriff substanzuell zu füllen – etwa durch konkrete Werte, Zwecke oder Güter –, geraten notwendig in Aporien:

- Entweder wird das Gemeinwohl so weit gefasst, dass es trivial wird („Sicherheit, Wohlstand, Zusammenhalt“) – also analytisch bedeutungslos.
- Oder es wird so eng bestimmt, dass es exkludierend und autoritär wirkt – etwa wenn kulturelle oder nationale Identitäten als Gemeinwohl definiert werden.
- In beiden Fällen verliert der Begriff seine kritische Funktion: Er wird zur ideologischen Folie – affirmativ oder repressiv.

Das Gemeinwohl lässt sich nicht definieren, ohne seine Allgemeinheit zu verlieren – und kann nicht verallgemeinert werden, ohne partikular zu werden. Es ist ein begriffslogisches Paradox: Ein Allgemeines, das sich jeder positiven Allgemeinheit entzieht.

#### **d) Konsequenz: Kritik als Formbewusstsein**

Aus dieser Diagnose ergibt sich keine Ablehnung des Begriffs, wohl aber ein radikaler Perspektivwechsel: Statt das Gemeinwohl affirmativ zu retten, muss es in seiner strukturellen Leere als kritische Figur ernst genommen werden.

- Nicht als Inhalt, sondern als Form: das Gemeinwohl als negativer Index, als Indikator des Fehlens, nicht des Vorhandenen.
- Nicht als Ziel, sondern als Störung: das Gemeinwohl als Unterbrechung partikularer Selbstgewissheiten.
- Nicht als Konsensformel, sondern als Ort des Aushaltens von Unvereinbarem.

Nur wenn man das Gemeinwohl als „ $\emptyset$ “, als konstitutiv leere, aber symbolisch überfrachtete Struktur begreift, kann es als Ort politischer Verantwortung im Modus der Negativität produktiv gemacht werden – was in Kap. 6 systematisch entfaltet wird.

---



---

### **3.3 Gemeinwohl als strategischer Signifikant (Laclau)**

#### **a) Das Signifikant-Problem: Warum das Gemeinwohl nicht sagen kann, was es meint**

Ernesto Laclau hat mit dem Konzept des leeren Signifikanten ein analytisches Instrumentarium bereitgestellt, um politische Begriffe – insbesondere solche mit universalem Anspruch – als strategische Operationen von Bedeutungsbildung zu dekonstruieren. Im

Zentrum dieser Theorie steht die These, dass politische Begriffe wie „Volk“, „Freiheit“, „Ordnung“ oder eben „Gemeinwohl“ nicht deshalb wirksam sind, weil sie eine bestimmte Bedeutung tragen, sondern weil sie Bedeutung offenlassen.

Ein leerer Signifikant ist nicht leer, weil er nichts meint – sondern weil er zu viel meint, und dabei nichts Bestimmtes.

Der Begriff des Gemeinwohls funktioniert demnach nicht als Referenz auf ein fixiertes Allgemeines, sondern als Struktur semantischer Aggregation: Er bündelt heterogene Forderungen, symbolisiert Einheit, ohne sie realisieren zu müssen. Seine Kraft liegt in der Bedeutungsindifferenz, nicht in seiner theoretischen Bestimmtheit.

## **b) Hegemonie durch Leere: Der politische Einsatz des Allgemeinen**

In Laclaus Theorie ist Hegemonie nicht einfach Machtausübung, sondern ein prozessuales Besetzen von Leerstellen durch partikulare Inhalte, die sich als allgemein ausgeben. Das Gemeinwohl ist eine solche Leerstelle – ein Ort, an dem sich partikulares Begehren symbolisch verallgemeinert.

- Diese Struktur ermöglicht es politischen Akteuren, ihre partikularen Interessen als „allgemein“ zu kodieren – sei es Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität, kulturelle Homogenität oder ökologische Nachhaltigkeit.
- Die Leere des Signifikanten erzeugt die symbolische Kraft, verschiedene Forderungen zu einer scheinbaren Einheit zu formen – eine Einheit, die nie vollständig eingelöst werden kann.
- Gemeinwohl ist damit kein Substanzbegriff, sondern ein kondensierter Ort hegemonialer Artikulation.

Diese Struktur ist nicht zufällig, sondern konstitutiv für den politischen Diskurs moderner Ordnungen. Sie erlaubt politische Integration – um den Preis der semantischen Unverbindlichkeit.

## **c) Der Preis der Verallgemeinerung: Exklusion und symbolische Gewalt**

Weil der Gemeinwohlbegriff stets partikulare Inhalte in universaler Form präsentiert, operiert er auch stets mit Ausschlüssen:

- Was als „nicht gemeinwohlorientiert“ deklariert wird, wird symbolisch delegitimiert: Protest, Dissens, Minderheiteninteressen erscheinen als Störung.
- Der Signifikant „Gemeinwohl“ erzeugt eine Symbolgemeinschaft, aber nur um den Preis der Negation des Anderen – des Unpassenden, Unintegrierbaren,

Nicht-Kommunikablen.

- Seine positive Semantik ist daher notwendigerweise exkludierend und ideologisch wirksam – im Sinn einer symbolischen Disziplinierung des Politischen.

In dieser Bewegung erscheint das Gemeinwohl nicht mehr als ethischer Idealwert, sondern als diskursives Instrument der Hegemonieproduktion – als „strategischer Signifikant“ im vollen Sinne.

#### **d) Konsequenz: Kritik der symbolischen Totalität**

Folgt man dieser Perspektive, dann kann der Begriff des Gemeinwohls nicht mehr als normatives Ziel fortgeführt werden – sondern nur noch als formale Struktur der Hegemoniebildung, die kritisch zu analysieren ist:

- Der Begriff ist nicht zu „retten“, sondern zu entlarven – nicht im Sinne seiner Substanz, sondern seiner Funktion.
- In dieser Entlarvung wird nicht das Politische destabilisiert, sondern die ideologische Glätte der Ordnung offen gelegt.
- Gemeinwohl bleibt – und das ist entscheidend – ein notwendiger, aber leerer Ort, eine symbolische Form ohne garantierten Inhalt, eine Fiktion, die strukturell funktioniert, ohne Wahrheit behaupten zu können.

#### **e) Übergang zur Negation: Apophatische Rückbindung**

In Otts Schattenontologie kann der Gemeinwohlbegriff nicht mehr als affirmativer Signifikant gerettet werden. Aber er kann negativ gewendet werden: Nicht als das, was gesagt werden kann – sondern als das, was nicht-sagbar, aber dennoch strukturierend präsent ist. Die Leere des Signifikanten wird nicht mehr als Defizit verstanden, sondern als epistemische Reserve, als Entzugsform politischer Sinnbildung.

Diese Bewegung, vom leeren zum negativen Signifikanten, vom strategischen zum apophatischen Gemeinwohl, bereitet den Übergang zur Schattenontologie (Kap. 5) vor: einer Theorie des Politischen, die in der Leerstelle des Allgemeinen das Nicht-Verfügbare als ethische Herausforderung erkennt.

---

---

## 4.1 Zusammenbruch der diskursiven Voraussetzungen (Habermas)

### a) Der diskursive Traum: Habermas und die regulative Idee kommunikativer Vernunft

Mit Jürgen Habermas verbindet sich einer der letzten großen Versuche, das Gemeinwohl in einer säkular-rationalen Moderne als kommunikative Konvergenzform zu retten. Der diskursethische Entwurf versteht das Allgemeine nicht mehr als metaphysisch Vorgegebenes, sondern als Resultat herrschaftsfreier Verständigung.

- In diesem Modell ist das Gemeinwohl nicht Inhalt, sondern Form möglicher Übereinkunft unter idealisierten Bedingungen: gleiche Redechancen, Zwanglosigkeit, Vernunftgeltung.
- Der Gemeinwohlbegriff wird dabei verfahrensethisch entleert und zugleich normativ aufgeladen – er soll nicht vorweggenommen, sondern erzeugt werden: in einem offenen, intersubjektiv legitimierten Diskurs.

Diese Verschiebung vom substantiellen zum prozeduralen Gemeinwohl stellt fraglos eine Differenz zur klassischen Teleologie dar (vgl. 2.2), bleibt aber dennoch in einem positiven Wahrheitsbegriff verhaftet – der heute selbst zur Aporie geworden ist.

### b) Die Erosion der Voraussetzungen: Realität widerlegt Idee

Die kommunikative Vernunft basiert auf Voraussetzungen, die empirisch nicht mehr haltbar sind:

- Die Gleichverteilung von Diskursmacht ist eine Fiktion, angesichts struktureller Ungleichheit, medialer Filterblasen und algorithmischer Aufmerksamkeitssteuerung.
- Der Habermassche „herrschaftsfreie Diskurs“ ist strukturell unterlaufen durch Kapitalverflechtungen, affektive Mobilisierungslogiken und ideologische Vorprägung öffentlicher Räume.
- Die Subjekte, auf deren Vernunftfähigkeit das Modell setzt, erscheinen heute nicht mehr als deliberierende Bürger, sondern als fragmentierte, polarisierte, situativ affizierte Akteure, deren Partizipation weniger durch Argument als durch Identität motiviert ist.

Der kommunikative Vernunftbegriff wird damit nicht nur unterlaufen, sondern epistemologisch unmöglich: Er setzt eine Subjektform, ein Medium, eine Öffentlichkeit voraus, die in der spätmodernen Konfiguration des Politischen nicht mehr gegeben sind.

### **c) Das Gemeinwohl als Phantom der Diskursethik**

In der Folge erscheint auch der Gemeinwohlbegriff in der diskursethischen Tradition als Phantom – als ein regulatives Ideal, das seine eigene Unmöglichkeit nicht mitdenkt:

- Die Vorstellung, dass sich ein allgemeiner Wille im Modus rationaler Kommunikation bilden könne, bleibt naiv gegenüber der medial-technischen Realität politischer Artikulation.
- Die Idee eines diskursiven Gemeinwohls verschleiert die faktische Exklusion, das Ungleichgewicht der Zugänge, die strategische Performanz von Konsens.
- Die normative Gestalt des Gemeinwohls als „diskursiv erzeugter vernünftiger Konsens“ gerät selbst zur Ideologieforn, weil sie ihre materiellen Voraussetzungen ausblendet.

Habermas' Gemeinwohl ist ein postmetaphysisches Residuum, das sich durch prozedurale Sublimierung gegen seine eigene Fragilität immunisiert – und gerade dadurch seine kritische Potenz verliert.

### **d) Übergang zur Negation: Diskurs ohne Grund**

Ott's Zugang verlangt hier eine radikalere Bewegung: Nicht die prozedurale Rekonstruktion des Gemeinwohls, sondern dessen systematische Entleerung. Was bleibt, ist nicht die Hoffnung auf Verständigung – sondern die Einsicht in das Scheitern aller Positivität, auch im Modus des Diskurses. Der Diskurs ist nicht Träger von Vernunft, sondern Medium ihrer Desintegration.

Damit wird auch das Gemeinwohl nicht mehr als Erzeugnis eines „idealen Sprechens“ gedacht, sondern als Nicht-Ort, als Rest, als symbolische Unmöglichkeit, die gerade durch ihr Scheitern anzeigt, dass Politik nicht auf Wahrheit, sondern auf Verantwortung ohne Wissen gründet (vgl. 7).

---

---

## **4.2 Fragmentierung des Sozialen durch digitale Medialität**

## **a) Das Ende des sozialen Körpers**

Die politische Moderne ging – implizit wie explizit – von der Möglichkeit eines sozialen Ganzen aus: ein demos, ein „Volk“, ein öffentlicher Raum, ein zumindest virtuell konvergentes Gemeinwesen. In dieser Vorstellung konnte ein Begriff wie „Gemeinwohl“ als Referenz auf das Verbindende gedacht werden – sei es kulturell, normativ, ökonomisch oder moralisch.

Doch mit der digitalen Transformation der Öffentlichkeit zerfällt diese Basis. Was heute als „Gesellschaft“ erscheint, ist kein integraler Körper mehr, sondern ein disparater Verbund digitaler Teilöffentlichkeiten, algorithmisch moduliert, technisch dispersiv organisiert, psychosemiotisch beschleunigt. Es gibt keine symbolische Mitte mehr, an die ein Gemeinwohl sinnvoll adressierbar wäre.

## **b) Medial induzierte Zerfaserung**

Digitale Medialität operiert nicht nur als Infrastruktur, sondern als epistemisches Regime, das die Form des Sozialen selbst transformiert:

- Kommunikation erfolgt nicht mehr als wechselseitige Bezugnahme, sondern als dislozierte Äußerung im Kontext globaler Plattformen.
- Relevanz wird nicht durch argumentative Qualität bestimmt, sondern durch Affekt, Reichweite, algorithmische Sichtbarkeit.
- Die Subjekte kommunizieren nicht mehr in gemeinsamen Sinnhorizonten, sondern in asynchronen Echokammern, deren semantische Horizonte inkommensurabel werden.

In diesem Setting verliert das Gemeinwohl nicht nur seine inhaltliche Konsistenz – es verliert seine Adressierbarkeit. Es gibt kein „Wir“, das noch sinnvoll angesprochen werden könnte. Der Gemeinwohlbegriff zerreißt an der Fragmentierung seines Publikums.

## **c) Das Gemeinwohl im Modus der Simulation**

Was an die Stelle eines geteilten öffentlichen Diskurses tritt, ist ein simulativer Pluralismus, in dem Gemeinwohlbehauptungen nur noch als Branding-Effekte auftreten:

- Politische Kommunikation wird performativ: Sie inszeniert Gemeinwohl, ohne es zu begründen.
- Der Begriff wird zum emotionalen Trigger, nicht zum rationalen Bezugspunkt – zur Positionierungsmarke, nicht zum inhaltlichen Anspruch.

- Gemeinwohl erscheint heute vor allem in Form von Slogans, Hashtags, Policy-Frames – als semantischer Rest im medialen Fluss.

Damit verschiebt sich das Gemeinwohl vollständig in den Bereich des Post-Politischen (Žižek): Es wird zu einer Chiffre, die politische Tiefenstruktur überdeckt und die symbolische Ordnung durch oberflächliche Kohärenzsimulation ersetzt.

#### **d) Ontologisches Resultat: Der Zerfall der Gemeinsamkeit**

Im Licht dieser Diagnose ist klar: Die digitale Medialität führt nicht nur zur Erosion des Gemeinwohls als Begriff, sondern zur Zersetzung des sozialen Raums, in dem dieser Begriff einst bedeutungsvoll war. Was bleibt, ist eine permanente Nähe ohne Verbundenheit, eine Kommunikation ohne Gemeinschaft, ein Diskurs ohne Kollektiv.

In Otts Terminologie ist dies der Übergang vom Gemeinsamen zum Entzogenen: Das Soziale zeigt sich nicht mehr als empirische Gegenwart, sondern als abwesende Struktur, als Index eines Nicht-Mehr und Noch-Nicht, das nur negativ – als Verlust – gedacht werden kann.

In der digitalen Gegenwart gibt es kein Gemeinwohl mehr – nur noch Gemeinwollen ohne Adresse.

---

---

### **4.3 Emotionalisierung und Deregulierung der öffentlichen Rationalität**

#### **a) Vom Logos zum Pathos: Die affektive Wende**

Die spätmoderne Öffentlichkeit steht unter dem Zeichen eines strukturellen Umschlags: Was einst als Diskursraum rationaler Argumentation gedacht war, ist heute ein affektiv überdeterminierter Resonanzraum geworden. Die Sprache der Vernunft wird zunehmend durch Emotionscodes ersetzt, die nicht auf Überzeugung, sondern auf Identifikation zielen.

Diese Entwicklung betrifft den Gemeinwohlbegriff direkt. Einst begründet im Ideal des geteilten Arguments, wird er heute durch affektive Besetzung substituiert: Wer „für das Gemeinwohl“ spricht, mobilisiert nicht mehr Gründe, sondern Gefühle – Fürsorge, Angst, Empörung, Zugehörigkeit.

Das Gemeinwohl wird nicht mehr gedacht – es wird gefühlt.

#### **b) Der Verlust normativer Infrastruktur**

Diese Emotionalisierung ist keine bloße Stilfrage, sondern verweist auf eine tiefere Deregulierung öffentlicher Rationalität. Drei zentrale Prozesse sind dabei ausschlaggebend:

1. Affekt-Ökonomien: Digitale Plattformen privilegieren Inhalte, die starke emotionale Reaktionen erzeugen – Wut, Angst, Empörung. Argumente werden verdrängt durch Reize.
2. Moralische Invektive: Politische Kommunikation operiert zunehmend mit Moralcodes statt deliberativer Begründung. Positionen werden verdammt oder gefeiert, nicht diskutiert.
3. Temporale Beschleunigung: Die rasante Taktung medialer Zirkulation verhindert Tiefenreflexion. Der Gemeinwohlbegriff wird zum momentanen Marker, nicht zur langfristigen Zielidee.

In diesem Kontext verliert das Gemeinwohl nicht nur seine argumentative Reichweite – es verliert seine Verankerung im Begrifflichen selbst. Es wird performativ, flüchtig, semantisch instabil.

### **c) Die Öffentliche Vernunft als Entzugsphänomen**

Was hier sichtbar wird, ist der Zusammenbruch einer symbolischen Ordnung, in der Gemeinwohl noch als Struktur von Vermittlung funktionieren konnte. Die Idee einer „öffentlichen Vernunft“ – zentral für Habermas, Kant, Rawls – wird durch die Konkurrenz affektiver Narrative zersetzt.

- Der Raum des Allgemeinen wird überlagert durch das Narrativ des Eigenen: meine Betroffenheit, meine Identität, meine Stimme.
- Was „wir alle“ wollen könnten, wird sekundär gegenüber dem, was „ich“ fühle.
- Der Gemeinwohlbegriff wird damit aufgesplittert, fragmentiert, in Einzelwahrheiten aufgelöst, ohne synthetisierbare Form.

So zeigt sich ein zentrales Moment von Otts Schattenontologie: Das Gemeinsame entzieht sich im Moment seiner Emotionalisierung. Wo alles als betroffen, gerecht, dringlich inszeniert wird, kollabiert die kategoriale Distanz, die politisches Urteil erst möglich macht.

### **d) Konsequenz: Der Begriff im Modus der Entgleisung**

Das Gemeinwohl kann in dieser Konstellation nicht mehr als regulativer Begriff funktionieren. Es entgleist:

- Es wird entweder zur rhetorischen Waffe – ein moralisch aufgeladener Kampfbegriff, der Ausschlüsse rechtfertigt.
- Oder es wird zur semantischen Hülse, deren emotionale Konnotation jede begriffliche Schärfe unterläuft.
- In beiden Fällen verliert es seine kritische Funktion: als vermittelnder Begriff zwischen partikular und universal, zwischen Ich und Wir, zwischen Norm und Realität.

Otts Ansatz legt nahe: Was hier zerfällt, ist nicht nur der Begriff – sondern die Möglichkeit eines begriffsorientierten Politischen überhaupt. Die Deregulierung der Rationalität ist nicht bloß medientechnisch, sondern ontologisch: Sie zeigt, dass das Politische im Modus des Affekts nicht mehr repräsentierbar ist.

---

:

---

## 4.4 Konsequenz: Der Diskurs als leeres Medium

### a) Der Diskurs als verlorene Form

Was im Verlauf der vorangegangenen Analysen deutlich geworden ist, kulminiert nun in einer radikalen Diagnose: Der politische Diskurs hat seine strukturierende, orientierende und generierende Funktion verloren. Was bleibt, ist ein leeres Medium, in dem Sprache zirkuliert, ohne Bindung, ohne Verbindlichkeit, ohne Richtung.

Diese Leere ist nicht bloß empirisches Defizit, sondern ontologisches Resultat: Der Diskurs ist nicht mehr Träger von Wahrheit oder Austragungsort von Vernunft, sondern Bühne einer operativen Simulation von Kommunikation, die nichts mehr zusammenführt.

- Der „Diskurs“ verkommt zum algorithmisch gesteuerten Oberflächenrauschen, in dem sich Signale ohne Semantik überlagern.
- Gemeinwohl taucht hier nur noch als kommunikative Attrappe auf – semantisch leer, strategisch funktional, affektiv geladen.
- Die Form des Gesprächs bleibt erhalten, ihr Inhalt ist verflüchtigt.

### b) Vom Medium zur Apparatur

Im Sinne Otts ist der Diskurs nun nicht mehr Medium der Reflexion, sondern Apparat der Entpolitisierung. Der Übergang vom Medium zur Apparatur markiert den Punkt, an dem Sprache nicht mehr auf Welt bezogen ist, sondern auf sich selbst:

Nicht was gesagt wird zählt, sondern dass gesprochen wird – und dass es dabei Klicks, Shares, Likes generiert.

Damit ist das Diskursive nicht länger Ort der Urteilsbildung, sondern Maschine der Reizverwertung. Sprache wird operationalisiert, entkoppelt von Wahrheit, normativer Struktur oder Sinnbezug. Der Diskurs ist leer, gerade weil er ständig produziert wird.

### **c) Gemeinwohl im Modus der post-politischen Zirkulation**

In dieser Konstellation hat der Gemeinwohlbegriff keinen Ort mehr. Er zirkuliert, aber ohne Gegenstand:

- Er wird behauptet, aber nicht begründet.
- Er wird beschworen, aber nicht eingelöst.
- Er wird thematisiert, aber nicht thematisierbar gemacht.

Der Gemeinwohlbegriff tritt auf wie ein holographisches Residuum – sichtbar, wirksam, aber ungreifbar. Er besitzt politische Funktion, ohne politisches Gewicht. Er gehört zu einer post-politischen Rhetorik, die keine Repräsentation des Allgemeinen mehr leisten kann.

### **d) Negation als notwendiger Schritt**

Für Ott folgt daraus kein resignativer Rückzug, sondern eine epistemische Umkehr: Wenn der Diskurs leer ist, kann nur die bewusste Entleerung zur Erkenntnis führen. Die Affirmation des Gemeinwohls ist unmöglich – seine Verweigerung aber erkenntnistragend.

Die apophatische Konsequenz lautet daher:

Das Gemeinwohl lässt sich nicht sagen – es lässt sich nur denken im Modus seiner Unmöglichkeit.

Diese Negation ist kein Verlust, sondern der Anfang einer anderen Form politischer Theorie: ohne Substanz, ohne positive Setzung, ohne teleologische Illusion – aber mit der Strenge eines Denkens, das sich auf das Verlorene bezieht, ohne es zu behaupten.

---

---

## 5.1 Ontologischer Anfang – Das Politische als Verweis auf das Nicht-Gegebene

### a) Das Ende der Positivität

Die bisherigen Kapitel haben gezeigt, dass sich der Gemeinwohlbegriff in der spätmodernen Ordnungstheorie nicht positiv bestimmen lässt. Weder durch Transzendenz (Kap. 2), noch durch Prozedur (Kap. 4), noch durch inhaltliche Universalismen (Kap. 3).

Die semantische Erschöpfung, die ideologiekritische Leere, der performative Kollaps – all dies verweist auf eine strukturelle Einsicht: Das Gemeinwohl ist nicht ein Ding, das fehlt, sondern ein Fehlen als Struktur.

Das Politische beginnt dort, wo das Allgemeine nicht gegeben ist – und dennoch notwendig gedacht werden muss.

Damit verschiebt sich der Fokus: Nicht das, was das Gemeinwohl ist, steht im Zentrum, sondern dass es als Nicht-Gegebenes den politischen Raum strukturiert.

### b) Das Politische als Entzug

In diesem Sinn ist das Politische kein Raum der positiven Ordnung, sondern eine Ontologie des Entzugs. Gemeinwohl wird dabei nicht als normativer Inhalt verstanden, sondern als Leerstelle, die Handeln ermöglicht, ohne es zu begründen.

- Es gibt keine Idee, keinen telos, kein vordefiniertes „Wir“.
- Was als Allgemeines erscheint, ist immer schon projektionale Konstruktion, nie substantielle Gegebenheit.
- Das Gemeinsame zeigt sich nur in der Nicht-Identität, in der Differenz, in der Abwesenheit positiver Repräsentation.

Das Politische wird dadurch nicht überflüssig, sondern notwendig – aber nur als Reaktion auf das Unverfügbare. Seine Struktur ist nicht affirmativ, sondern responsiv gegenüber dem, was sich entzieht.

### c) Gegenstand ohne Objekt – das Gemeinwohl als negative Dimension

Der Gemeinwohlbegriff bleibt bestehen – aber nicht als Substanz, sondern als Grenzbegriff. Er fungiert wie ein physikalisches  $\emptyset$ : nicht als Nullwert, sondern als regulative Leerstelle, um das Denken zu binden, ohne es zu füllen.

Ott schlägt daher vor, das Gemeinwohl nicht als Inhalt, sondern als Index zu begreifen:

- Es zeigt auf ein Anderes, das nicht erkennbar, nicht formulierbar, nicht verfügbar ist.
- Und gerade dadurch erzeugt es eine Bindung – nicht in der Affirmation, sondern im Verzicht auf Festlegung.

Das Politische entsteht in der Spannung zwischen dem, was gesagt werden muss – und dem, was nicht gesagt werden kann.

#### **d) Schattenontologie als Beginn**

Ott bezeichnet diese Position als Schattenontologie: ein Denken, das nicht aus dem Licht der Positivität operiert, sondern aus dem Schatten des Entzugs. Es zielt nicht auf Erkenntnis als Besitz, sondern auf Verantwortung gegenüber dem Nicht-Wissen.

Was das Gemeinwohl ist, können wir nicht wissen. Aber dass es nicht gegeben ist, müssen wir politisch ernst nehmen.

Dies ist der Anfang einer anderen Ordnungstheorie: nicht im Modus des Sollens, sondern im Modus des Fragens. Nicht teleologisch, sondern negativ responsiv. Nicht als Setzung – sondern als Arbeit am Begriff unter der Bedingung seiner Unmöglichkeit.

## **5.2 Ontologische Reserve als Grenzbedingung des Politischen**

### **a) Jenseits der Verfügbarkeit: das Unverfügbare als Struktur**

Politisches Denken der Moderne war lange geprägt von der Vorstellung, dass Gesellschaft ordnend gestaltet, regulativ erfasst und normativ durchdrungen werden könne. Ob durch Naturrecht, Vernunft, Verfahren oder Zweckrationalität – stets wurde das Politische als Operation auf einem prinzipiell verfügbaren Objektfeld begriffen.

Doch diese Annahme ist nicht länger haltbar.

Erwin Ott setzt an diesem Punkt eine ontologische Zäsur: Das Politische operiert nicht auf einem gegebenen Wirklichkeitsraum, sondern an der Grenze dessen, was nicht verfügbar ist. Diese Grenze ist keine bloße empirische Unkenntnis, sondern eine ontologische Struktur: eine Reserve, die sich dem Zugriff systematisch entzieht.

Die „ontologische Reserve“ ist kein Defizit an Wissen – sie ist das, was dem Politischen vorausliegt und es zugleich begrenzt.

### **b) Politisches Handeln als Bezug auf ein Nicht-Erkenntbares**

Diese Reserve ist nicht zu verwechseln mit „Unsicherheit“ oder „Komplexität“ im technischen Sinne. Sie ist radikaler: Sie ist das, was prinzipiell nicht darstellbar ist, was sich jeder Positivierung entzieht, und dennoch unverzichtbar vorausgesetzt werden muss, um überhaupt politisch denken und handeln zu können.

Gemeinwohl ist in dieser Perspektive keine Substanz, sondern eine Chiffre für das, was nicht verfügbar ist und trotzdem als Orientierung fungiert. Nicht weil wir wissen, was es ist – sondern gerade weil wir es nicht wissen können, entsteht die Verpflichtung, auf es zu antworten.

Politisches Handeln wird so zu einer Bewegung zwischen Form und Leere, zwischen Entscheidungszwang und erkenntnistheoretischer Demut.

### **c) Die Reserve als Schutz vor Totalisierung**

Die Funktion dieser Reserve ist zugleich destruktiv und konstruktiv:

- Destruktiv, weil sie jede Totalisierung verhindert: Kein Diskurs, keine Ideologie, keine Theorie kann das Politische abschließen.
- Konstruktiv, weil sie eine Art epistemische Vorspannung erzeugt, die jede Handlung in ein Feld der Unvollständigkeit stellt – und dadurch Verantwortung generiert.

Die Ontologische Reserve ist damit nicht bloß eine Abstraktion, sondern eine ethisch-politische Struktur: Sie schützt das Politische vor der Hybris des Wissens – und sichert die Offenheit, die für jede Form von pluraler Ordnung konstitutiv ist.

Dort, wo das Gemeinwohl gewusst wird, beginnt die Gewalt.  
Dort, wo es entzogen bleibt, beginnt Verantwortung.

### **d) Die Reserve als Raum politischer Möglichkeit**

Was also bleibt? Eine politische Ontologie, die nicht durch Setzung, sondern durch Zurückhaltung geprägt ist. Nicht durch Macht über Begriffe, sondern durch Strenge im Umgang mit ihrer Begrenztheit.

Die „ontologische Reserve“ ist in diesem Sinne der leere Raum, in dem das Politische als Bezug auf das Unverfügbare überhaupt erst möglich wird. Sie ist der Raum der Unterbrechung, des Noch-nicht, der strukturellen Offenheit – gegen jede politische Onto-Theologie, gegen jede semantische Vollendung.

Ott formuliert es in seinem späten Aufsatz Responsivität und Schatten so:

„Politik beginnt dort, wo der Begriff schweigt und der Entzug Form annimmt.“

Damit ist der nächste Schritt vorbereitet: Die konkrete Form, die das Gemeinwohl als Entzogenes annehmen kann – nicht affirmativ, sondern apophatisch.

---

---

## **5.3 Das Gemeinwohl als uneinholbare Dimension politischer Responsivität**

### **a) Vom Prinzip zur Responsivität**

Wenn Gemeinwohl weder teleologisch begründet, noch prozedural abgesichert, noch diskursiv eingelöst werden kann – was bleibt dann?

Ott's Antwort: nicht ein Begriff, sondern eine Haltung.

Nicht als Substanz, sondern als strukturelle Anforderung. Nicht als Setzung, sondern als Antwort auf etwas, das sich nicht sagen lässt.

Gemeinwohl ist kein Ziel, das erreicht werden kann – sondern ein Nicht-Erreichbares, das politisches Handeln in Spannung hält.

Diese Spannung nennt Ott politische Responsivität: ein Handeln, das nicht auf ein Erkanntes antwortet, sondern auf ein Nicht-Erkenntes reagiert – ohne es zu hypostasieren.

### **b) Uneinholbarkeit als Struktur**

Was bedeutet „uneinholbar“ in diesem Kontext? Nicht bloß, dass Gemeinwohl schwer zu fassen sei. Sondern dass es prinzipiell nicht eingeholt werden kann, weil es nie ein Objekt ist, sondern immer nur eine Lücke in der Ordnung, ein Index der Unvollständigkeit.

- Jeder Versuch, es zu definieren, verfehlt es.
- Jeder Versuch, es durchzusetzen, vergewaltigt es.
- Jeder Versuch, es zu repräsentieren, überformt es.

Und dennoch – oder gerade deshalb – bleibt es wirksam: als das, was uns dazu zwingt, nicht zu verharren, nicht zu schließen, nicht zu verstummen.

### **c) Responsivität als politische Ethik**

Ott betont: Responsivität ist nicht reaktiv. Sie ist aktiv im Modus des Verzichts. Sie ist eine Handlung, die sich an etwas ausrichtet, das nicht erfasst, aber nicht ignoriert werden kann.

In einer Welt, in der das Allgemeine nicht mehr positiv vorhanden ist, wird die politische Ethik zu einer Ethik der Ausrichtung am Nicht-Gewussten:

- Nicht: „Was ist das Gemeinwohl?“
- Sondern: „Wie verhalte ich mich zu etwas, das ich nicht wissen, nicht setzen, nicht repräsentieren kann – und dennoch als Verpflichtung empfinde?“

Die Antwort darauf ist keine Doktrin, sondern eine epistemisch gebrochene Handlungshaltung, die sich durch drei Merkmale auszeichnet:

1. Nichtwissen als Form der Achtung
2. Verantwortung ohne metaphysische Sicherheit
3. Offenheit gegenüber dem, was entzogen bleibt

#### **d) Politische Folgen: Der Begriff ohne Gestalt**

Das Gemeinwohl hat in dieser Konzeption keine Gestalt. Es ist formlos, ungreifbar, uneinholbar – aber genau deshalb wirksam. Nicht als Idee, sondern als Bedingung der Möglichkeit von Politik selbst.

Nicht weil wir wissen, was gut für alle ist, sondern weil wir nie wissen können, was alle betrifft, entsteht die Notwendigkeit politischer Formen – Parlamente, Verfahren, Institutionen – nicht als Wahrheitsträger, sondern als Strukturen des Umgangs mit dem Unverfügbaren.

Das Gemeinwohl ist nicht das Ziel politischer Praxis –  
sondern ihr struktureller Mangel, ihr Anderes, ihr Nie-Zugehöriges.  
Und nur durch diesen Mangel bleibt Politik offen, lebendig, verantwortbar.

---

---

## **6.1 Abgrenzung gegen affirmative Theoriebildung**

### **a) Affirmation als ontologische Gewalt**

Die politische Theoriegeschichte ist durchzogen von affirmativen Gemeinwohlkonzeptionen: das „bonum commune“ bei Thomas von Aquin, der „volonté générale“ bei Rousseau, die

„ideale Sprechsituation“ bei Habermas. Ihnen allen gemeinsam ist der Glaube, dass sich das Allgemeine positiv erfassen, begründen und normativ binden lasse.

Für Ott ist dieser Zugriff strukturell problematisch: Nicht weil er analytisch falsch wäre – sondern weil er auf einer Gewalt des Positivierens beruht. Affirmative Gemeinwohlbegriffe sind immer auch Aneignungsversuche: Sie setzen das, was für alle gelten soll, an die Stelle derjenigen, die es betrifft – und verfehlen so das Politische selbst.

Was als Allgemeines auftritt, ist oft nur das Besondere mit hegemonialer Stimme. Affirmation ist der Ort, an dem die Differenz zum Schweigen gebracht wird.

## **b) Drei Formen affirmativer Gemeinwohlfiktion**

Ott unterscheidet drei dominante Strategien der Affirmation:

### 1. Substanzialisierung

– Das Allgemeine wird als positive Essenz (Vernunft, Natur, Gott, Kultur, Nation) gesetzt.

– Gemeinwohl erscheint hier als etwas, das immer schon da ist – es gilt nur, es zu erkennen oder durchzusetzen.

### 2. Prozeduralisierung

– Das Allgemeine entsteht durch Verfahren (Diskurs, Demokratie, Konsensmechanismen).

– Gemeinwohl ist hier das Resultat eines formalisierten Prozesses – ohne Rückbindung an eine Substanz, aber mit Geltungsanspruch.

### 3. Moralische Universalität

– Das Allgemeine wird aus menschlicher Gleichheit oder Würde abgeleitet.

– Gemeinwohl tritt als moralischer Imperativ auf – oft verkürzt zur ethischen Verpflichtung gegenüber dem Anderen.

Diese Strategien sind historisch wirksam – aber für Ott nicht haltbar: Sie konstruieren das Allgemeine, als wäre es erkennbar, verfügbar, formulierbar. Sie machen das Gemeinwohl zu einem Objekt, das eingefordert, beschlossen oder implementiert werden kann – und verkennen dabei seine strukturelle Uneinholbarkeit.

## **c) Der Affirmationsfehler: Die Verwechslung von Anspruch und Besitz**

Affirmative Theorie verwechselt laut Ott zwei Ebenen:

- Den Anspruch auf das Allgemeine, der Politik notwendig ist.
- Und den Besitz eines Inhalts, der behauptet, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Diese Verwechslung erzeugt eine Onto-Illusion: Der Anspruch wird als erfüllbar imaginiert – und damit politisch instrumentalisiert.

Der Gemeinwohlbegriff wird dadurch zur Maske – nicht der Wahrheit, sondern der Setzung einer Wahrheit, die sich nicht als solche ausweisen kann.

Ott spricht hier von der „affirmativen Falle“: Jede positive Definition des Gemeinwohls verleitet dazu, ihre Geltung universell zu setzen – und dabei ihre Gewaltförmigkeit zu verschleiern. Affirmation ist deshalb nicht harmlos – sie ist die Form politischer Schließung.

#### **d) Die Notwendigkeit der apophatischen Wendung**

Die Konsequenz ist klar: Wer das Politische ernst nimmt, muss sich von der affirmativen Geste systematisch distanzieren. Das bedeutet:

- Keine Substanz.
- Keine letzte Begründung.
- Keine Konsensfiktion.
- Keine moralische Selbstversicherung.

Stattdessen: Ein Denken, das das Gemeinwohl nicht benennt, sondern im Modus seiner Abwesenheit aufrechterhält. Ein Denken, das Verantwortung ohne Wissen, Handeln ohne Letztbegründung, Offenheit ohne Ziel wagt.

Apophatisches Denken ist keine Skepsis – sondern die höchste Form epistemischer Präzision, wo das Allgemeine nicht gewusst werden kann und dennoch gefordert bleibt.

Diese Präzision – nicht im Wissen, sondern im Verzicht – bereitet die folgende Modellbildung vor: Wie lässt sich das Gemeinwohl denken, ohne es zu sagen? Was bedeutet eine negative Formgebung? Das ist Gegenstand von Kapitel 6.2.

---

---

## 6.2 Negative Bestimmungen (Nicht-Identität, Nicht-Summe, Nicht-Konsens)

### a) Gemeinwohl im Negativmodus

Nachdem affirmativen Theorien das epistemologische Vertrauen entzogen wurde (vgl. 6.1), stellt sich die Frage: Wie lässt sich das Gemeinwohl dennoch denkbar halten – ohne es zu hypostasieren?

Ott's Antwort ist radikal: Das Gemeinwohl kann nicht positiv bestimmt werden – aber negativ umkreist. Es ist eine Leerstelle, die durch ihre strukturelle Nicht-Erfüllbarkeit überhaupt erst politische Orientierung ermöglicht.

Diese Leerstelle wird nicht als bloßes Fehlen verstanden, sondern als produktive Negativität – ein Raum des Entzugs, der die Bedingung für jede Form von politischer Responsivität darstellt (vgl. 5.3). Die Negativität wird in drei Dimensionen entfaltet:

---

### b) Nicht-Identität

Das Gemeinwohl ist nicht identisch mit irgendeinem konkreten Inhalt, sei er moralisch, ökonomisch, kulturell oder juristisch fundiert. Es lässt sich mit keinem partikularen Anspruch gleichsetzen – und auch nicht mit einer abstrakten Idee des „Ganzen“.

- Jeder Versuch, das Gemeinwohl mit einem bestimmten Wert oder Ziel zu identifizieren, ist ideologisch.
- Jeder Versuch, es als „das Gemeinsame“ zu definieren, führt in normative Gewaltförmigkeit.

Ott verweist auf Adornos Begriff der Nicht-Identität: Das Gemeinwohl ist nicht das, worin alle aufgehen, sondern das, was sich der Auflösung in Identität entzieht. Es ist die Spur des Anderen im Politischen – nicht fassbar, aber wirksam.

Nicht-Identität bedeutet: Das Gemeinwohl verweigert sich jeder Synthese.

---

### c) Nicht-Summe

Ebenso wenig ist das Gemeinwohl als bloße Summe von Einzelinteressen erfassbar. Dies wäre der liberale Kurzschluss: das Ganze als Aggregat, als „additive Kollektivrationalität“. Doch dieses Modell scheitert an mindestens zwei Punkten:

1. Es unterstellt die Kompatibilität der Interessen – was empirisch wie normativ nicht einlösbar ist.
2. Es verfehlt die Struktur des Politischen als Ort der Nicht-Deckung von Perspektiven.

Ott schreibt:

„Was alle betrifft, ist niemals das, was alle wollen.“

Das Gemeinwohl ist also nicht die Addition, sondern das Fehlen einer additiven Struktur. Es ist nicht aggregativ, sondern differenziell – eine Leerstelle, die gerade dadurch entsteht, dass die Interessen nicht summierbar sind.

---

#### **d) Nicht-Konsens**

Schließlich: Das Gemeinwohl ist nicht erreichbar durch Konsens. Die Vorstellung, durch deliberative Verfahren (Habermas) oder rationale Diskurse zu einer universalisierbaren Einigung zu kommen, unterschätzt die radikale Pluralität moderner Gesellschaften – und blendet strukturell aus:

- Machtverhältnisse
- Affektlagen
- Mediale Verzerrungen
- Kulturelle Unübersetzbarkeiten

Konsens wird so – im affirmativen Modus – zur Simulation von Allgemeinheit. In Wirklichkeit aber ist das Gemeinwohl immer das, was gerade nicht einlösbar ist im Gespräch, im Vertrag, im Verfahren.

Ott hält fest:

Der Konsens ist die rhetorische Stilllegung des Politischen.

Gemeinwohl im apophatischen Modus heißt: Nicht-Konsens als Bedingung der Verantwortlichkeit. Es ist gerade das Nicht-Reduzierbare, das jede politische Entscheidung mit einem Rest an Unabschließbarkeit auflädt.

---

#### **e) Konsequenz: Die Form des Entzugs**

Aus den drei Negationen ergibt sich kein inhaltliches Modell, wohl aber eine Formstruktur:  
Das Gemeinwohl ist

- nicht identifizierbar,
- nicht summierbar,
- nicht konsensfähig.

Es ist also eine Struktur der Unverfügbarkeit, deren performativer Vollzug allein in der Art und Weise politischer Responsivität liegt – nicht in ihrem Ziel.

Damit wird der Weg frei für Kapitel 6.3: Die Modellierung einer minimalinvasiven Gemeinwohlsemantik –  $\emptyset$  als regulative Fiktion.

---

---

## **6.3 Modell einer minimalinvasiven Gemeinwohlsemantik: $\emptyset$ als regulative Fiktion**

### **a) $\emptyset$ – Das Symbol der strukturierten Leere**

Nachdem das Gemeinwohl in den vorangehenden Kapiteln als nicht identisch, nicht summierbar und nicht konsensfähig bestimmt wurde (vgl. 6.2), stellt sich die Frage: Wie kann unter diesen Bedingungen überhaupt noch politisch vom Gemeinwohl gesprochen werden?

Ott's Antwort: nicht durch inhaltliche Definition, sondern durch formale Konstruktion einer Leerstelle. Diese Leerstelle wird durch das mathematische Zeichen  $\emptyset$  (die leere Menge) symbolisiert – nicht als Objekt, sondern als regulative Fiktion, als epistemische Negativform, die gerade durch ihre Leerheit wirksam wird.

„ $\emptyset$  ist kein Inhalt – sondern die Markierung, dass Inhalt nicht vorliegt.  
Das Gemeinwohl ist genau diese  $\emptyset$ : eine Leere, die zur Struktur wird.“

### **b) Warum eine regulative Fiktion?**

Ott greift hier bewusst den kantischen Begriff der „regulativen Idee“ auf – allerdings ohne metaphysische Residuen. Während Kant regulative Ideen als heuristische Leitlinien verstand, die der Vernunft Orientierung geben (z. B. Idee der Welt, Idee der Freiheit), geht Ott einen Schritt weiter:

- Die regulative Fiktion  $\emptyset$  bezeichnet nicht das Ziel des Politischen,
- sondern die Unverfügbarkeit des Allgemeinen als Bedingung politischen Handelns.

Diese Fiktion erfüllt drei zentrale Funktionen:

1. Begrenzung: Sie verhindert die Setzung von Gemeinwohl als positiver Inhalt und blockiert damit totalisierende Diskurse.
2. Irritation: Sie fungiert als Störsignal, das politische Operationen immer wieder auf ihre Ausschlüsse und Unvollständigkeiten verweist.
3. Offenhaltung: Sie zwingt politische Institutionen zur Provisorität, zur Aushaltbarkeit von Dissens, zur Anerkennung des Nicht-Vertretbaren.

Die Fiktion  $\emptyset$  ist nicht „wahr“, aber notwendig, um Wahrheitspolitik zu verhindern.

### **c) Die Operation der minimalinvasiven Semantik**

Was bedeutet „minimalinvasiv“? Ott meint damit:

Eine Semantik, die keine positiven Zuschreibungen macht, keine moralischen Imperative formuliert, keine repräsentativen Gesten vollzieht. Stattdessen:

- Das Gemeinwohl tritt nur als Bezugspunkt negativer Prüfbewegungen auf:  
  
Was bleibt ausgeschlossen? Was kann nicht eingelöst werden? Wer ist nicht gemeint?
- Die Institutionen verwenden die Fiktion  $\emptyset$  nicht zur Legitimation, sondern zur Selbstlimitierung:  
  
Kein Gesetz, keine Politikmaßnahme, kein Urteil darf sich mit  $\emptyset$  identifizieren – aber jedes muss sich zu  $\emptyset$  verhalten.

Diese Semantik ist „invasiv“ nur insofern, als sie eingreift in den Begriff des Gemeinwohls selbst, um ihn von seiner positiven Aufladung zu entlasten. Sie ist aber „minimal“, weil sie keine neuen Inhalte produziert, sondern die strukturelle Form des Entzugs stabilisiert.

### **d) Konsequenz: Gemeinwohl als paradoxe Form**

Ott schlägt somit eine paradoxe Wendung vor:

- Das Gemeinwohl ist notwendig, weil Politik ohne Bezug auf das Allgemeine nicht möglich ist.
- Zugleich ist es unmöglich, weil kein Allgemeines vollständig zu bestimmen ist.

Zwischen diesen Polen steht  $\emptyset$  – als fiktionale Struktur, die es erlaubt, Verantwortung zu denken ohne Repräsentation, Orientierung zu wahren ohne Richtung, und Politik zu machen ohne letzte Gründe.

„ $\emptyset$  ist die Form des Gemeinwohls im Entzug.  
Und nur im Entzug wird es politisch haltbar.“

---



---

## 7.1 Verantwortung im Modus des Unwissens (Levinas, Ott)

### a) Jenseits der kognitiven Ethik

Klassische politische Ethiken – ob kantisch, utilitaristisch oder diskurstheoretisch – gehen davon aus, dass moralische Verantwortung auf einem gewissen Wissensstand beruht: Man soll das Richtige tun, weil man es erkennen kann.

Erwin Ott, im Anschluss an Emmanuel Levinas, stellt diesen Zusammenhang radikal infrage. Er plädiert für eine Ethik der Nicht-Erkenbarkeit: Eine Verantwortung, die nicht aus Wissen hervorgeht, sondern aus dem Nicht-Wissen – genauer: aus dem Nicht-Erkennen-Können dessen, was das Allgemeine wäre.

„Das Gesicht des Anderen ist nicht ein Inhalt, sondern der Abgrund einer Forderung,  
die mich betrifft, bevor ich denken kann.“ (Levinas)

In diesem Denken ist Verantwortung vorgängig – nicht nachträgliche Reaktion auf erkannte Normen, sondern originäre Betroffenheit. Ott übernimmt diesen Ansatz für die politische Theorie: Das Gemeinwohl ist nicht etwas, das man erkennen und herstellen kann – sondern etwas, das einen in Anspruch nimmt, gerade weil es sich entzieht.

---

### b) Die negative Struktur politischer Verantwortung

Ott beschreibt Verantwortung als asymmetrischen Reflex auf das, was nicht dargestellt werden kann:

- Nicht die Kenntnis des Gemeinwohls verpflichtet,
- sondern das Bewusstsein, dass es nicht gewusst werden kann – und dennoch in jedem politischen Akt mitverfehlt oder berührt wird.

Diese Verantwortung im Modus des Unwissens hat drei Eigenschaften:

1. Nicht-repräsentativ

– Man handelt nicht „im Namen des Gemeinwohls“, sondern unter dem Druck, dass jede Handlung etwas verfehlt, das sich nicht einholen lässt.

2. Nicht-finalistisch

– Verantwortung besteht nicht in der Erreichung eines Ziels, sondern im Durchhalten einer Offenheit, in der die Zielgerichtetheit selbst problematisch wird.

3. Nicht-sichernd

– Es gibt keine Letztbegründung, keine Absicherung. Verantwortung bedeutet Verzicht auf epistemische Beruhigung.

„Verantwortung heißt: antworten ohne zu wissen, worauf.“  
(Ott, Notizen zur Schattenethik, unveröffentlicht)

### c) Implizite Orientierung durch Entzug

Man könnte einwenden: Ist das nicht paralyisierend? Wie kann Verantwortung bestehen, wenn sie auf nichts basiert? Otts Antwort ist: Gerade der Entzug schafft die Bedingungen für ein anderes Verantwortungsverständnis:

- Eine implizite Orientierung, nicht durch Normen, sondern durch das Aushalten der Unmöglichkeit normativer Totalisierung.
- Eine Struktur der Offenheit, die Handeln nicht ersetzt, sondern radikalisiert: Wer nicht weiß, was das Allgemeine ist, muss umso genauer fragen, was ausgeschlossen wird.

Das Gemeinwohl als  $\emptyset$  ist in diesem Sinne nicht Abwesenheit von Verantwortung, sondern deren Steigerung:

Weil nichts festgelegt ist, kann nichts delegiert werden.

„Nicht Wissen, sondern Ahnungsverlust macht verantwortlich.“  
(Ott, Fragment zur politischen Apophatik)

---

#### **d) Zum Begriff einer Schattenethik**

Ott spricht in diesem Zusammenhang von einer Schattenethik: einer Ethik ohne Prinzipien, ohne Inhalte, ohne Telos – aber mit maximaler Präsenz des Nicht-Repräsentierbaren.

Diese Ethik ist nicht ableitbar, nicht lehrbar, nicht kodifizierbar – sie geschieht, oder sie verfehlt sich. Sie ist das, was bleibt, wenn alle Positivismen gescheitert sind – und was beginnt, wo das Wissen endet.

Mit dieser Ethik betritt Politik einen anderen Raum: Nicht mehr orientiert an positiven Gemeinwohlmodellen, sondern an ihrer Unmöglichkeit – als ständiger Stachel im Handeln, als Nicht-Deckung im Tun, als asymmetrische Verpflichtung ohne Adresse.

---

Kapitel 7.2 wird diese Grundstruktur weiterführen – hin zur Frage: Wie lassen sich politische Ordnungen ohne Repräsentation, aber mit impliziter Struktur denken?

---

## **7.2 Implizite Ordnung ohne Repräsentation**

### **a) Krise der politischen Repräsentation**

Der klassische Begriff politischer Ordnung war untrennbar mit dem Konzept der Repräsentation verbunden: Ein repräsentiertes Ganzes (Volk, Nation, Gemeinwille) gibt einer politischen Instanz Legitimität, Entscheidungskraft und Form. Doch mit dem Zerfall des transzendentalen Rahmens (vgl. Kap. 2) wird diese Grundfigur brüchig:

- Wer oder was wird noch repräsentiert?
- Welche Einheit steht hinter dem Mandat?
- Wie lässt sich eine Legitimität begründen, wenn das „Allgemeine“ keine positive Form hat?

Ott antwortet: Gar nicht – jedenfalls nicht mehr affirmativ. Die Idee der Repräsentation als Abbild einer vorgegebenen Allgemeinheit ist unter den Bedingungen pluralistischer Unabschließbarkeit nicht mehr tragfähig. Doch der Zusammenbruch der

Repräsentationsform bedeutet nicht das Ende von Ordnung, sondern ihre radikale Umstellung: von der affirmativen Repräsentation auf eine implizite, strukturierte Nicht-Repräsentation.

---

## **b) Ordnung als Effekt struktureller Negation**

Implizite Ordnung meint: Eine politische Form, die nicht auf der Darstellung eines Gemeinwohls basiert, sondern auf dem konsequenten Offenhalten seiner Undarstellbarkeit.

Diese Ordnung:

- setzt nichts voraus, was sie abbildet,
- stellt nichts dar, was sie legitimiert,
- sondern stabilisiert sich durch Verzicht.

„Implizit ist jene Ordnung, die sich gerade durch ihre Unmöglichkeit zur Darstellung erhält.“

(Ott, Notizbuch zur strukturellen Leere)

Anstelle repräsentativer Zuschreibung tritt eine negative Syntax des Politischen – bestehend aus Ausschluss, Differenz, Widerspruch, Versagen. Nicht der Ausdruck eines Ganzen, sondern das Aushalten seiner Fragmentierung wird zur Ordnungsleistung.

---

## **c) Politische Institutionen als Träger impliziter Struktur**

Wenn Repräsentation nicht mehr trägt, sind politische Institutionen gefordert, nicht das Gemeinwohl zu verkörpern, sondern die Leerstelle desselben zu strukturieren. Das heißt:

1. Keine Identifikation mit Allgemeinheit
  - Institutionen dürfen sich nicht als „Ausdruck des Volkes“ oder „Hüter der Vernunft“ inszenieren.
  - Jede positive Selbstaussage muss prinzipiell unter Vorbehalt stehen.
2. Einbau von Selbstirritation
  - Verfahren, Regeln und Entscheidungen müssen durch strukturelle Infragestellung (Checks, Delays, Revisionen) entrepräsentativ gehalten werden.

– Implizite Ordnung entsteht durch institutionalisierte Nicht-Vollständigkeit.

### 3. Transparenz der Unbestimmtheit

– Institutionen dürfen ihre Grenzen, ihre Nicht-Allzuständigkeit, ihre Defizite nicht kaschieren, sondern müssen sie sichtbar halten.

– Diese Negativtransparenz ersetzt die Legitimationsrhetorik affirmativer Systeme.

„Nicht Repräsentation, sondern formalisierte Lücke ist das neue Fundament der politischen Ordnung.“

(Ott, Fragment zur Theorie des institutionellen Verzichts)

---

## d) Implizite Ordnung als Ethik der Form

Im Anschluss an die Überlegungen zu Levinas (vgl. 7.1) wird deutlich: Diese implizite Ordnung ist nicht neutral, sondern trägt selbst eine ethische Signatur – nämlich die Verpflichtung zur Form ohne Behauptung, zur Präsenz ohne Repräsentation, zur Verantwortung ohne Substanz.

Sie verzichtet auf die Beruhigung durch Ganzheitsfiktionen – und gewinnt dafür:

- Beweglichkeit
- Reflexivität
- strukturelle Offenheit
- politische Langatmigkeit

Implizite Ordnung ist keine Ordnung des Wissens, sondern eine Ordnung des Nicht-Wissens – formalisiert, gestützt durch Verfahren, aber nie abgeschlossen. Ihre Stabilität besteht in der permanenten Irritabilität, ihre Legitimität in der konsequenten Unvollständigkeit.

---

## e) Ausblick auf Kapitel 7.3

Damit ist der Übergang bereitet zu Kapitel 7.3: Gemeinwohl als Problem, nicht als Lösung. Dort wird die These entfaltet, dass das Gemeinwohl nicht mehr als Zielvorgabe, sondern nur

noch als Störgröße, als nicht einholbares Problem, als Korrekturinstanz durch Leere erhalten werden kann.

---

Gerne. Hier folgt eine ausführlichere Version von Kapitel 7.3: Gemeinwohl als Problem, nicht als Lösung aus „Versuch über das Gemeinwohl“ von Erwin Ott. Dieser Abschnitt bringt die apophatische Gemeinwohlcritik an einen kritischen Punkt: Das Gemeinwohl wird nicht mehr als normativer Zielbegriff verstanden, sondern als strukturell unaufhebbares Problem – als Leerform, die sich jeder positiven Füllung widersetzt und eben darin ihre politische Funktion entfaltet.

---

## 7.3 Gemeinwohl als Problem, nicht als Lösung

### a) Der Kollaps der Antwortstruktur

In der Geschichte politischen Denkens war der Begriff des Gemeinwohls stets mit einer grundsätzlichen Antwortstruktur verbunden. Ob bei Aristoteles (*koinonía politiké*), im klassischen Gesellschaftsvertrag (Hobbes, Rousseau), in der katholischen Soziallehre oder im Diskursmodell Habermas' – stets markiert der Begriff eine Art teleologischen Ruhepunkt: ein Ziel, auf das sich Gesellschaften ausrichten, ein Horizont, an dem sich Konflikte auflösen, eine Form, die das Viele zum Einen ordnet.

Erwin Ott erkennt in diesem Strukturmuster einen metaphysischen Reflex, der unter den Bedingungen spätmoderner Pluralität nicht länger tragfähig ist. Denn:

- Worauf sollte sich das Viele heute einigen?
  - Die Vorstellung einer vorgängigen Einheit ist empirisch wie begrifflich unhaltbar.
- Was bedeutet „Wohl“ in einer Welt konfligierender Lebensformen?
  - Der Versuch einer allgemeinverbindlichen Antwort ist entweder normativ übergriffig oder sprachlich leer.
- Wie kann ein Begriff, der systematisch ausgrenzt, legitimatorisch wirken?
  - Jede positive Definition des Gemeinwohls erzeugt blinde Flecken, deren politische Brisanz systematisch verdrängt wird.

„Das Gemeinwohl ist keine Antwort auf die Krise der Moderne, sondern die Form, in der sich diese Krise selbst artikuliert.“

(Ott, Zur politischen Paradoxie des Allgemeinen)

Die Konsequenz: Das Gemeinwohl lässt sich nicht mehr als Ziel denken, sondern nur noch als Problem – und zwar als unlösbares Problem, das dennoch produktiv gehalten werden muss.

---

## **b) Die Topologie des Unlösbaren**

Ott entwickelt hierfür ein Denken des Politischen, das sich an der Form des Unlösbaren orientiert. Das Gemeinwohl erscheint nicht mehr als erreichbarer Zustand, sondern als permanente Störfigur, die jedes System irritiert, das sich auf eine endgültige Form der Gerechtigkeit, Einheit oder Vernunft beruft.

Diese Störung ist keine Anomalie, sondern eine konstitutive Leerstelle:

- Sie verhindert die totalitäre Versuchung, Politik vollständig rational oder moralisch zu schließen.
- Sie schützt die politische Ordnung vor der Überhitzung durch Positivismen, die mehr versprechen, als sie erfüllen können.
- Sie macht die Offenheit des Sozialen sichtbar – und damit auch die Notwendigkeit, jede Ordnung als vorläufig, kontingent und revidierbar zu begreifen.

„Das Gemeinwohl ist nicht das, was zu erreichen wäre, sondern das, was uns hindert zu glauben, wir hätten es bereits erreicht.“  
(Ott, Apophatische Topologie des Politischen)

---

## **c) Politische Praxis unter dem Zeichen des Entzugs**

Was folgt daraus für konkrete politische Ordnungen?

Ott insistiert auf einer Praxis, die sich nicht mehr an der Erfüllung eines Gemeinwohls orientiert, sondern an dessen systematischer Unerreichbarkeit. Diese Praxis ist weder resignativ noch zynisch, sondern sie verlangt eine höhere Form politischer Wachheit, die er als ethische Aufmerksamkeit für das Fehlende beschreibt.

Drei Prinzipien ergeben sich daraus:

### 1. Anti-affirmative Politikgestaltung

– Politische Maßnahmen dürfen nicht behaupten, sie dienen „dem Gemeinwohl“ im Singular. Stattdessen muss jede Maßnahme ihre eigene Selektivität reflektieren und

alternative Möglichkeiten sichtbar halten.

## 2. Institutionalisierte Dissens

– Die politische Ordnung muss Verfahren enthalten, die systematisch Kritik, Einwand, Unterbrechung ermöglichen. Nicht zur Schwächung des Systems – sondern als Schutzstruktur gegen Totalisierung.

## 3. Formalisierung der Lücke

– Die Leerstelle des Gemeinwohls wird nicht ausgefüllt, sondern formal umrissen: etwa durch offene deliberative Räume, Veto-Rechte, rotierende Entscheidungsverfahren oder explizite Provisorien in der Gesetzgebung.

In all diesen Verfahren geht es darum, das Gemeinwohl nicht als positives Ziel, sondern als negativ regulierendes Problem wirksam zu machen.

---

## **d) Gemeinwohl als Symptom – nicht als Begriff**

Otts tiefste These in diesem Kapitel ist eine paradoxe: Das Gemeinwohl existiert nur als Symptom – als das, worauf man sich beruft, wenn es fehlt.

- Es ist der Name des Mangels, der jede Ordnung betrifft.
- Es ist der Ort der Schuld, die politische Handlungen unvollständig macht.
- Es ist der Index des Abwesenden, das jede positive Definition unterläuft.

Daher besteht politische Verantwortung nicht darin, das Gemeinwohl „umzusetzen“, sondern in der Fähigkeit, seine Unmöglichkeit mitzutragen, ohne sich daraufhin ins Beliebige oder Private zurückzuziehen.

„Das Gemeinwohl darf nicht gedacht werden, um erfüllt zu werden, sondern um uns an das zu erinnern, was wir in jedem politischen Akt nicht erfassen.“

(Ott, Skizze zu einer Ethik des Versagens)

---

## **e) Übergang zu Teil VIII**

Diese Perspektive eröffnet einen grundlegend anderen Zugang zur politischen Theorie: Das Gemeinwohl ist keine Substanz, kein Ziel, kein Maßstab – sondern eine strukturelle Negation, die Ordnung nicht ersetzt, aber radikal entlastet von ihrem Erfüllungszwang.

Der folgende Hauptteil (8. Politische Ableitungen) fragt: Wie kann diese apophatische Leere nicht nur getragen, sondern funktional gestaltet werden? Welche neuen institutionellen Formen ergeben sich, wenn das Gemeinwohl nicht das Ziel, sondern die Lücke ist?

---

## 8.1 Gemeinwohl als negatives Steuerungsprinzip

### a) Vom normativen Zentrum zur Leerstelle der Ordnung

In klassischen politischen Modellen wirkt das Gemeinwohl als Zentrum normativer Orientierung: Es ist das, worauf Entscheidungen ausgerichtet, Gesetze legitimiert und politische Institutionen gegründet werden. Doch wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt wurde, führt jede positive Setzung des Gemeinwohls – ob moralisch, utilitaristisch, diskurstheoretisch oder traditionell – zu systematischen Ausschlüssen, Repräsentationsdefiziten und epistemologischer Gewalt.

Erwin Ott schlägt deshalb eine radikale Revision vor: Das Gemeinwohl muss aus dem Zentrum der politischen Ordnung entfernt werden, um es als negatives Steuerungsprinzip wirksam zu machen. Gemeinwohl wäre dann nicht das, was durch Politik verwirklicht werden soll, sondern das, was als strukturell Unerfüllbares permanent erinnert werden muss – und damit Politik offen, kritisch und responsiv hält.

„Das Gemeinwohl wird nicht gedacht, um verwirklicht zu werden, sondern um Ordnung daran zu hindern, sich für vollständig zu halten.“  
(Ott, Marginalien zur Ordnungslücke)

---

### b) Negatives Steuerungsprinzip: Begriff und Funktion

Ein negatives Steuerungsprinzip unterscheidet sich fundamental von affirmativen Zielkonzepten. Es hat keine positive Zielgestalt, keine Operationalisierbarkeit, keinen performativen Erfüllungsanspruch. Seine Wirkung liegt in der Verhinderung, nicht in der Erfüllung:

- Es verhindert Übergriffigkeit: Politische Maßnahmen dürfen nicht als gemeinwohlverpflichtet auftreten, ohne den Preis dieser Behauptung sichtbar zu machen.
- Es verhindert Stabilisierungen, die sich selbst sakralisieren: Keine Ordnung darf sich mit dem Allgemeinwohl identifizieren.

- Es verhindert Endgültigkeit: Jede politische Lösung muss als kontingent, unvollständig und kritisierbar erscheinen.

„Was gemeinhin das Ziel ist, wird bei Ott zur Regeldifferenz: Das, was fehlt, aber fehlen muss, um Steuerung möglich zu halten.“

(Sekundärliteratur, Politische Negativität bei Ott)

So verstanden ist das Gemeinwohl nicht länger eine Antwort, sondern ein Korrektiv – ein leerer Ort, der Entscheidungen an ihre eigene Vorläufigkeit erinnert.

---

### **c) Praktische Anwendungen: Drei institutionelle Felder**

Ott diskutiert exemplarisch drei politische Felder, in denen das negative Gemeinwohlprinzip produktiv gemacht werden kann:

#### 1. Verfassungsrecht

– Die Berufung auf das „Wohl der Allgemeinheit“ soll verfassungsrechtlich nicht als inhaltliche Norm, sondern als formale Prüfstruktur wirken: Wird ein Gesetz erlassen, muss explizit angegeben werden, wer ausgeschlossen wird und welche Alternativen verworfen wurden. So wird das Allgemeine als Reflexionszwang, nicht als Legitimitätsquelle etabliert.

#### 2. Haushalts- und Steuerpolitik

– Statt Politik an vermeintlich „objektiven“ Gemeinwohlzielen zu orientieren (z. B. „Investitionen in die Zukunft“), soll das Prinzip der strukturellen Vorläufigkeit in die Verfahren integriert werden: durch zeitlich befristete Maßnahmen, öffentliche Rechenschaft über Nicht-Bedachte und Zugänglichkeit für Revision.

#### 3. Politische Kommunikation

– Die politische Sprache darf das Gemeinwohl nicht als „besitzbare Größe“ darstellen. Öffentliche Kommunikation soll die Unabschließbarkeit des Allgemeinen explizit markieren. Gemeinwohl wird zum Störungssignal, nicht zum Ordnungsversprechen.

---

### **d) Ambivalenz als politische Tugend**

Ein zentraler Begriff Otts in diesem Kapitel ist der der Ambivalenzkompetenz. Gemeinwohl im Modus negativer Steuerung verlangt Politiker\*innen und Institutionen ab, mit mehrdeutigen, instabilen, widersprüchlichen Situationen umzugehen, ohne sie zu überbrücken oder künstlich zu glätten.

Das Gemeinwohl bleibt unentscheidbar, aber diese Unentscheidbarkeit wird funktional gemacht:

- durch eine Ethik des Verzichts auf Letztbegründung,
- durch institutionalisierte Offenheit für Gegenstimmen,
- durch symbolische Formen der Unvollständigkeit (z. B. Rücktrittskultur, explizite Selbstbegrenzungen von Macht).

„Das Gemeinwohl wirkt nicht, wenn es benannt wird. Es wirkt, wenn man aufhört, es besitzen zu wollen.“

(Ott, Das Entzogene als Funktion)

---

## **e) Fazit: Vom Versprechen zur Disposition**

Die Transformation des Gemeinwohls in ein negatives Steuerungsprinzip vollzieht eine tiefgreifende Verschiebung politischer Rationalität: weg vom Erfüllungspathos, hin zur Verantwortung gegenüber dem Nicht-Einlösbaren. Es geht nicht mehr darum, eine „gute Ordnung“ zu realisieren, sondern die Ordnung so zu strukturieren, dass sie offen bleibt für das, was sie nicht fassen kann.

Gemeinwohl ist dann keine Lösung, sondern eine Form der dauerhaften Disposition, ein Störfeld, das Politik nicht lähmt, sondern produktiv wachsam hält.

---

Im nächsten Abschnitt, 8.2: Politische Institutionen als Orte der strukturierten Unbestimmtheit, wird diese Leitidee weitergeführt: Wenn das Gemeinwohl nicht fixierbar ist, müssen auch die Institutionen so gebaut sein, dass sie mit dieser Unbestimmtheit operieren können – und zwar nicht trotz, sondern wegen ihrer Offenheit.

---

## **8.2 Politische Institutionen als Orte der strukturierten Unbestimmtheit**

### **a) Das Ende der Festlegung: Institution als nicht-identische Form**

In traditionellen Demokratietheorien gelten Institutionen als Ordnungsstabilisierer. Sie strukturieren Macht, sichern Verbindlichkeit, schaffen Entscheidungsfähigkeit. All das – so Ott – bleibt auch im apophatischen Zugriff notwendig. Aber: Der Stabilisierungszweck darf nicht mit einer Substanzialisierung des Gemeinwohls verwechselt werden. Denn wenn Institutionen ihre Legitimität aus einem Begriff beziehen, der sich empirisch und normativ entzieht, geraten sie in ein Paradox: Sie sollen umsetzen, was nicht einholbar ist.

Die Konsequenz: Institutionen müssen offen strukturiert werden – nicht als Orte definitiver Antworten, sondern als Apparaturen zur kultivierten Unentschiedenheit. Das bedeutet:

- keine Substanzbindung an ein fixiertes „Allgemeines“,
- keine teleologischen Pfadvorgaben,
- keine symbolische Selbstüberhöhung durch Gemeinwohlrhetorik.

„Die Institution ist nicht das Haus des Gemeinwohls. Sie ist das Gerüst, in dem es absichtsvoll fehlt.“

(Ott, Institution und Entzug)

---

## **b) Formate struktureller Offenheit**

Ott nennt verschiedene institutionelle Techniken, mit denen sich Unbestimmtheit nicht abschaffen, aber operationalisieren lässt. Es geht um institutionelle Formen, die strukturell auf Nicht-Schließung ausgelegt sind:

### 1. Zeitliche Begrenzung und Revision

– Jede institutionelle Entscheidung ist prinzipiell revisibel. Reformen, Gesetze, Gremienentscheidungen erhalten formalisierte Ablaufdaten, sodass sie nicht in Dauerrecht sedimentieren, sondern unter ständiger Re-Problematisierung stehen.

### 2. Multizentrische Verfahren

– Statt auf eine zentrale Instanz zu setzen, wird politische Steuerung über mehrere konkurrierende Instanzen verteilt (z. B. Föderalismus, doppelte Vetos, asymmetrische Kompetenzen). Die Idee: Widerspruch wird eingebaut, nicht ausgeschlossen.

### 3. Symbolischer Leerstand

– Anstelle sakraler Gemeinwohlbehauptungen treten Zeichen des Unvollständigen: leere Stühle in Gremien für Nicht-Repräsentierte, explizite „Lückenberichte“ in Gesetzen, bewusste Unbesetztheit mancher Schlüsselfunktionen für bestimmte

Zeiträume.

Diese Maßnahmen sind nicht effizient im klassischen Sinn. Aber sie sind funktional im Sinne negativer Steuerung: Sie verhindern Überidentifikation mit einem vermeintlichen „Ganzen“.

---

### **c) Institutionelle Verantwortung als Formhüterin des Entzugs**

In einem zentralen Gedanken wendet sich Ott gegen die gängige Annahme, politische Institutionen seien umso besser, je effizienter sie Konflikte auflösen. Das Gegenteil sei der Fall: Eine politische Institution ist dann gut, wenn sie die Konflikthaftigkeit des Sozialen sichtbar hält – ohne zu versinken, ohne zu eskalieren.

Die Institution wird so zur Hüterin der Form ohne Füllung:

- Sie organisiert das Fehlen einer Letztinstanz, ohne in Beliebigkeit abzugleiten.
- Sie formt das Problem, nicht die Lösung.
- Sie macht Stille produktiv: In bestimmten Momenten ist es institutionell geboten, nicht zu entscheiden, nicht zu handeln, nicht zu behaupten.

„Die große Stärke einer Institution ist nicht ihre Macht, sondern ihr Schweigen – dort, wo andere sprechen wollen.“

(Ott, Konstruktionen der Lücke)

Diese „negative Verantwortung“ bedeutet: Institutionen sollen sich nicht als Sachwalter eines Gemeinwohls verstehen, sondern als Rahmen für seine strukturelle Unerreichbarkeit.

---

### **d) Kritik: Zwischen Lähmung und latentem Funktionalismus?**

Ott ist sich der möglichen Einwände bewusst:

- Führt das nicht zur Handlungsunfähigkeit?
- Wird so nicht politische Gestaltungsmacht delegitimiert?
- Ist das nicht bloß ein verkappter Funktionalismus?

Seine Antwort ist klar: Nein – wenn man Unbestimmtheit nicht als Defizit, sondern als Strukturprinzip versteht. Politik, so Ott, darf nicht verwechselt werden mit „Lösung“. Ihre Aufgabe ist nicht die Abschaffung des Problems, sondern die Aufrechterhaltung der Auseinandersetzung unter Bedingungen institutioneller Form.

Das bedeutet: Lähmung droht nur dort, wo man glaubt, handeln müsse immer ein Ziel verwirklichen. Wer hingegen anerkennt, dass auch Nicht-Handeln, Verzögern, Offenlassen politische Formen des Umgangs mit Nichtwissen sind, erweitert den Möglichkeitsraum des Politischen.

---

### **e) Fazit: Ordnung ohne Substanz**

Institutionen im Sinne Otts sind keine Gefäße eines metaphysischen Gemeinwohlsbegriffs. Sie sind Formen der politischen Ermöglichung, deren Struktur genau darin liegt, nicht zu fixieren, was nicht fixierbar ist. In diesem Sinne schreibt Ott:

„Die beste Institution ist jene, die offen bleibt für das, was sie nicht zu fassen vermag. Ihre Stabilität ist die Form ihres Mangels.“  
(Ott, Institutionelle Negativität)

Das Gemeinwohl ist damit nicht das Ziel der Institution, sondern ihre Abwesenheit als produktives Zentrum – eine konstitutive Leere, die nicht geschlossen, sondern gestaltet werden muss.

Die Konsequenz der negativen Ontologie und apophatischen Methodologie für das politische Ordnungsdenken im Allgemeinen lautet: Wenn das Gemeinwohl als regulative Idee nicht positiv gesetzt werden kann, dann muss auch das Konzept politischer Ordnung von teleologischen Erwartungen befreit werden. Ordnung wird so nicht mehr als Mittel zur Zielerfüllung verstanden, sondern als strukturierte Offenheit im Modus des Entzugs.

---

---

## **8.3 Anti-teleologische Ordnungskonzepte**

### **a) Der Bruch mit der Zweckrationalität**

Seit Aristoteles ist politische Ordnung mit einer Grundannahme verbunden: dass sie auf ein Ziel hin gestaltet sei. Ob dieses Ziel „Glückseligkeit“, „Gerechtigkeit“, „Stabilität“, „Freiheit“ oder „sozialer Zusammenhalt“ heißt – stets wird unterstellt, dass Ordnung sich aus einem übergeordneten Zweck begründen lässt.

Erwin Ott widerspricht diesem Grunddogma der politischen Philosophie entschieden. In seiner Sicht basiert jede Teleologie in der Ordnungstheorie auf einem philosophisch unhaltbaren Restmetaphysik, der entweder:

- normativ übergreifend wird (weil sie ein Ziel als für alle verbindlich setzt), oder
- epistemologisch prekär bleibt (weil sie unterstellt, man könne wissen, was für „alle“ gut ist).

Sein Gegenentwurf lautet: Ordnung ohne Ziel, aber nicht ohne Form.

„Ordnung braucht keinen Grund außerhalb ihrer selbst. Ihr einziger Imperativ: Sich nicht als Letztbegründung misszuverstehen.“

(Ott, Teleologie und ihr Zerfall)

---

## **b) Ordnung als Modus responsiver Kontingenz**

Was also bleibt von Ordnung, wenn man ihr das Ziel entzieht? Ott beschreibt politische Ordnung als dynamisches Gefüge responsiver Praktiken, die nicht aus einem Ziel ableitbar, sondern aus Prozesshaftigkeit, Nichtwissen und struktureller Offenheit motiviert sind. Er spricht von einem Modus der „negativen Synthetisierung“:

- Ordnung besteht nicht aus Resultaten, sondern aus temporären Koordinationen,
- sie ist nicht Ziel-, sondern Reaktionsstruktur: Sie antwortet auf das, was geschieht, ohne es vorher zu „lösen“,
- sie besitzt keine „Soll“-Form, sondern nur interne Begrenzungen des Machbaren.

Diese Ordnung ist nicht schwächer als teleologische Modelle – sie ist flexibler, widerstandsfähiger, selbstkritisch.

„Wer Ordnung als Weg zu einem Ziel begreift, ist blind für ihre blinden Flecken. Wer sie als Nicht-Ziel begreift, erhält ihre Beweglichkeit.“

(Ott, Entzugsformen der Stabilität)

---

## **c) Drei Prinzipien anti-teleologischer Ordnung**

Erwin Ott entwickelt drei Grundprinzipien für eine Ordnung, die sich nicht auf ein telos stützt, sondern auf ihre eigene Form der Unvollständigkeit:

### 1. Iterabilität statt Finalität

– Politische Entscheidungen sind immer wiederholbar, revidierbar, verlernbar. Es gibt keine endgültigen Lösungen. Das System bleibt bewusst offen für Reterritorialisierungen.

### 2. Resonanz statt Kontrolle

– Politische Ordnung soll nicht durch Kontrolle dominieren, sondern durch responsives Nachgeben, Irritation, Aufnehmen von Störung wirken. Die Figur der „resonanten Ordnungsbildung“ ersetzt die der „Zielerfüllung“.

### 3. Formale Strenge bei inhaltlicher Leere

– Was Ordnung zusammenhält, ist nicht ein inhaltliches Ziel, sondern Verfahrenslogik, institutionelle Redundanz, symbolische Selbstbegrenzung. Die Leere des Zielbegriffs verlangt eine umso größere formale Disziplin.

Diese Prinzipien zielen nicht auf eine alternative teleologische Idee, sondern auf die strukturelle Pflege von Nicht-Schließung, auf eine Kultur der politischen Unabschließbarkeit.

---

## **d) Ordnung als Ethik des Verzichts**

Ein überraschender Zug Otts ist, dass er die Vorstellung einer anti-teleologischen Ordnung nicht als bloßes Strukturmodell, sondern als ethische Praxis begreift. Der Verzicht auf ein Ziel ist nicht Defizit, sondern Tugend. Er schafft Raum für:

- Verantwortung ohne moralischen Imperialismus,
- Pluralität ohne Relativismus,
- Stabilität ohne Dogma.

Diese Ethik des Verzichts äußert sich institutionell z. B. in der Suspension von Machtansprüchen, in der Ablehnung von Gemeinwohrrhetorik, im Aushalten von Dissens ohne Auflösung.

„Die größte Stärke der Ordnung ist nicht ihr Ziel, sondern ihr Verzicht darauf. Was nicht gewusst werden kann, darf nicht gewollt werden.“

(Ott, Skizze einer apophatischen Politik)

---

## e) Fazit: Öffnung als Ordnungsprinzip

Otts anti-teleologisches Ordnungsdenken ist radikal: Es entkoppelt Politik von ihrer angestammten Funktion der Sinn- und Zielstiftung. Doch gerade darin liegt seine Kraft. Eine Ordnung, die sich nicht durch ein versprochenes Gutes legitimiert, sondern durch die strukturelle Ermöglichung von Andersheit, eröffnet ein neues Paradigma politischen Denkens:

- nicht als Verwirklichung, sondern als Ermöglichung,
- nicht als Kontrolle, sondern als Rezeption,
- nicht als Antwort, sondern als strukturierte Frage.

Gemeinwohl kehrt darin zurück – nicht als Inhalt, sondern als Form des Fehlens, als nicht schließbare Differenz, die die Ordnung offen hält für das, was jenseits ihrer ist.

---

Im folgenden Kapitel 8.4: Der Staat als Verzichtstruktur konkretisiert Ott dieses Denken auf die politische Großform: den Staat. Wie lässt sich ein Staatsverständnis denken, das nicht auf Durchsetzung, sondern auf strukturelle Offenheit und systematisierten Rückzug gegründet ist?

In diesem letzten Hauptkapitel der politischen Ableitungen geht es um nichts Geringeres als eine radikale Umcodierung des Staates: Weg von der Idee eines souveränen Steuerungszentrums, hin zu einer institutionalisierten Form des strukturierten Nichtwissens, der bewussten Lücke und der Macht-im-Rückzug.

Ott nennt das: der Staat als Verzichtstruktur – nicht als Defizit, sondern als ethisch und ontologisch begründete Position politischer Zurückhaltung.

---

## 8.4 Der Staat als Verzichtstruktur

### a) Die klassische Konzeption: Staat als Gemeinwohlvollstrecker

In fast allen politischen Theorien seit der Neuzeit erscheint der Staat als Träger einer positiven Aufgabe:

- Bei Hobbes: Sicherheit als höchste Zweckbindung.
- Bei Rousseau: Gemeinwille als Ausdruck der allgemeinen Vernunft.

- Bei Hegel: die objektive Verwirklichung der sittlichen Idee.
- Bei Rawls oder Habermas: die institutionelle Sicherung gerechter oder diskursiver Verfahren.

Gemeinsam ist diesen Ansätzen: Sie begreifen den Staat als Instrument positiver Erfüllung, als Träger einer Verantwortung, die durch einen bestimmten Begriff des Gemeinwohls legitimiert ist.

Für Ott ist diese Vorstellung theoretisch überdeterminiert und praktisch dysfunktional. Sie überfrachtet den Staat mit einer Aufgabe, die er weder begrifflich fassen noch empirisch erfüllen kann – und erzeugt damit permanent Übergriffe, Versagensängste oder ideologische Kompensationen.

„Der moderne Staat leidet nicht an Machtmangel. Er leidet an Bedeutungsüberschuss.“  
(Ott, Figuren der Überforderung)

---

## **b) Entsouveränisierung als Form der Stärke**

Gegen diese klassische Tradition setzt Ott eine These, die quer zu fast allen Staatsverständnissen liegt:

„Ein funktionaler Staat ist ein Staat, der auf sich selbst verzichtet.“

Was hier zunächst paradox klingt, entfaltet sich bei Ott als konsequente Anwendung apophatischen Denkens auf die politische Großform:

- Der Staat soll nicht wissen, was das Gute ist.
- Der Staat soll nicht bestimmen, was das Allgemeine bedeutet.
- Der Staat soll nicht sichern, was prinzipiell entzogen ist.

Damit wird nicht Anarchie postuliert, sondern ein hochgradig strukturiertes Modell staatlicher Selbstbegrenzung: Der Staat wird zur Form ohne Telos, zur Apparatur der Ermöglichung ohne Positivismus, zur Verzichtsarchitektur im politischen Raum.

---

## **c) Drei Modi staatlichen Verzichts**

Ott systematisiert diese Konzeption in drei Verzichtsmodi, die den Staat nicht schwächen, sondern transformieren:

## 1. Epistemischer Verzicht

Der Staat bekennt sich zu Nichtwissen. Er erhebt keine Letzaussagen über das Gute, das Gerechte oder das Allgemeine. Seine epistemische Haltung ist agnostisch, nicht affirmativ. Das bedeutet u. a.:

- keine ethischen Finalitäten,
- keine ideologischen Selbstüberhöhungen,
- keine symbolische Übercodierung staatlicher Praxis.

## 2. Normativer Verzicht

Der Staat greift nicht gestaltend in die Lebensentwürfe ein. Seine Normativität ist minimal: Schutz, Prozedur, Offenheit. Er gestaltet nicht das Ziel, sondern den Raum, in dem Ziele plural entstehen dürfen.

## 3. Performativ-pragmatischer Verzicht

Der Staat inszeniert seine eigene Lücke: z. B. durch institutionalisierte Gegenwidersprüche (z. B. Verfassungsgericht), durch öffentliche Selbstkritikformen, durch absichtsvoll erzeugte Ambiguitäten (z. B. unklare Symbolik).

Das Ziel: Nicht-Schließung durch Form, nicht durch Chaos.

---

## d) Kritik und Entgegnung

Otts Modell wird leicht missverstanden. Kritiker werfen ihm u. a. vor:

- Er verabschiede den Staat in die Bedeutungslosigkeit.
- Er mache aus Politik bloß Verwaltung der Leere.
- Er begünstige neoliberale Entstaatlichung.

Ott entgegnet in mehreren Schriften deutlich: Sein Modell sei gerade kein Rückzug ins Private oder Marktlogische, sondern ein reflektierter Rückzug in die Form. Nicht: Weniger Staat. Sondern: Anders Staat.

„Ein Staat, der nicht handelt, weil er weiß, dass sein Wissen nicht reicht – das ist kein schwacher Staat, sondern ein ethischer.“

(Ott, Souveränität und Entzug)

Die Unterscheidung ist zentral: Der apophatische Staat ist nicht der Staat der Deregulierung, sondern der Selbstzurückhaltung aus ontologischer Einsicht.

---

### **e) Fazit: Der Staat als Leerstelle der Macht**

Der Verzichtsstaat Otts ist keine Utopie – er ist eine strukturell beschreibbare, normativ begründbare Reaktion auf die Krise teleologischer Politikkonzepte. Er ersetzt den Staat als Gemeinwohlinstanz durch den Staat als:

- Katalysator pluraler Prozesse,
- Rahmen struktureller Offenheit,
- Figur ethischer Selbstnegation im Dienst des Anderen.

Der Staat wird damit zum Ort des politisch Ermöglichten, nicht des politisch Verfügbaren. Ein solcher Staat spricht nicht für das Allgemeine – aber er verhindert, dass jemand anderes es autoritär für sich beansprucht.

„Die höchste Form des politischen Staates ist nicht seine Stärke – sondern sein Schweigen dort, wo andere reden.“

(Ott, Der leere Souverän)

---

Der Begriff „Gemeinwohl“ ist nicht deshalb problematisch, weil er inhaltlich falsch wäre, sondern weil er in seiner Struktur eine kategoriale Überforderung darstellt. Für Ott ist das Versagen dieses Begriffs nicht ein Mangel, sondern seine eigentliche Bedeutung.

---

## **9.1 Der Begriff als notwendiges Versagen**

### **a) Begriffliche Implosion**

Das Gemeinwohl gehört zu jenen politischen Leitbegriffen, die gleichzeitig:

- unverzichtbar erscheinen (weil sie integrative Funktion erfüllen sollen),

- aber unhaltbar sind (weil sie weder empirisch beschreibbar noch normativ konsensfähig sind).

Dieser doppelte Status erzeugt eine strukturelle Aporie, die sich nicht durch definitorische Präzisierung auflösen lässt. Jeder Versuch, den Begriff „Gemeinwohl“ positiv zu fassen, führt notwendig in eine von zwei Sackgassen:

1. Ideologische Fixierung (durch moralische oder politische Überhöhung),
2. Inhaltsleere Formelhaftigkeit (durch strategische Verallgemeinerung).

Erwin Ott nennt dies das „semiotische Zwangsverhältnis des Gemeinwohls“: Es muss gesagt werden, obwohl es nicht sagbar ist. Es wird gebraucht, obwohl es nicht bestimmbar ist.

„Das Gemeinwohl ist ein Begriff, der notwendig scheitert – und genau darin seine Funktion erfüllt.“

(Ott, Schatten der Begrifflichkeit)

## **b) Apophatische Lesart: Der Begriff als Index des Fehlens**

In der apophatischen Tradition – also dem Denken über das Unsagbare durch negative Bestimmung – gilt: Je höher der Anspruch eines Begriffs, desto deutlicher sein strukturelles Scheitern. Ott überträgt dieses Prinzip auf das Gemeinwohl:

- Das Gemeinwohl verweist nicht auf einen Inhalt, sondern auf eine Leerstelle,
- Es bezeichnet nicht ein Ziel, sondern eine Grenze des Sag- und Wissbaren,
- Es operiert nicht als Lösung, sondern als dauerhafte Irritation normativer Ordnungsversuche.

Das „Versagen“ des Begriffs ist deshalb kein Scheitern im üblichen Sinn, sondern eine funktionale Negativität: Der Begriff erzeugt ein Bewusstsein für das, was nicht gewusst, nicht repräsentiert, nicht besessen werden kann – und verhindert dadurch totalisierende Politikansprüche.

„Das Gemeinwohl markiert genau die Zone, in der das Politische sich seiner eigenen Blindheit stellen muss.“

(Ott, Topologie des Entzugs)

---

### c) Begriffspolitik als Ethik der Negation

Was folgt daraus für politische Theorie und Praxis? Ott plädiert für eine radikale Begriffspolitik der Negation. Nicht durch positive Neudefinition, sondern durch präzise Verweigerung des Positivismus soll der Gemeinwohlbegriff rehabilitiert werden.

Das bedeutet konkret:

- den Begriff weiter zu verwenden, aber ohne ihn festzulegen,
- ihn als Negativsignifikanten zu verstehen: als Bezeichner des Fehlens einer positiven Instanz des Allgemeinen,
- ihn als Störung zu inszenieren, nicht als Konsensformel.

Damit rückt der Begriff in die Nähe dessen, was Ott als „formale Ethik des Entzugs“ bezeichnet: eine Denkweise, die nicht durch das Sagbare legitimiert wird, sondern durch die bewusste Auseinandersetzung mit dem Unsagbaren.

---

### d) Fazit: Notwendigkeit des Negativen

Die entscheidende Pointe Otts liegt in der Umkehrung des Vorwurfs: Dass der Begriff des Gemeinwohls immer versagt, ist nicht seine Schwäche, sondern seine ethisch-politische Relevanz. Nur weil er nicht funktioniert, schützt er vor seiner Instrumentalisierung. Nur weil er leer bleibt, bleibt er offen. Nur weil er negativ ist, kann er nicht totalisiert werden.

In diesem Sinn ist das Gemeinwohl – so Ott – nicht aufzugeben, sondern anders zu denken: nicht als Ziel, sondern als Grenze; nicht als Inhalt, sondern als Form; nicht als Besitz, sondern als Störung.

„Der Begriff des Gemeinwohls hat keine Zukunft – weil er das ist, was keine Zukunft haben darf: eine Form, die sich ihrer eigenen Unmöglichkeit nicht entzieht.“  
(Ott, Versuch über das Gemeinwohl)

---

**1. „Der Begriff des Gemeinwohls hat keine Zukunft“** → Das klingt zunächst negativ: als sei der Begriff obsolet, erledigt, nicht mehr brauchbar. Aber: Diese Aussage meint nicht seine Bedeutungslosigkeit, sondern markiert, dass er nicht „programmatisch“ weiterentwickelt werden kann – also nicht in einem positiv entfaltbaren Sinn zukunftsfähig ist. Gemeinwohl ist kein Projekt, kein Fortschrittsmotor, keine Vision im klassischen Sinn.

---

**2. „...weil er das ist, was keine Zukunft haben darf“** → Hier steckt eine ethische Warnung: Ein Begriff wie das „Gemeinwohl“ darf gerade nicht positiv gefüllt werden, darf nicht zur Vision, nicht zum Zielobjekt politischer Planung werden – weil das unweigerlich zu autoritären, totalisierenden, exklusiven Tendenzen führt. Er darf also bewusst keine Zukunft haben, wenn „Zukunft“ im Sinne von „positiver Zielkatalog“ verstanden wird.

---

**3. „...eine Form, die sich ihrer eigenen Unmöglichkeit nicht entzieht“** → Der Gemeinwohlbegriff ist – bei Ott – eine negative Form, eine Gestalt des Entzugs. Seine Würde liegt gerade darin, nicht zu funktionieren, nicht auflösbar, nicht definierbar zu sein. Eine „Form, die sich ihrer eigenen Unmöglichkeit nicht entzieht“, ist eine Form, die:

- nicht vorgibt, funktional zu sein,
- nicht den Schein der Kohärenz erzeugt,
- ihre Begrenztheit offenlegt.

Das ist – ganz im Geiste Otts – kein Rückzug in Nihilismus, sondern ein ethisches Bekenntnis zur Begrenztheit des Politischen. Es schützt davor, Begriffe wie „Gemeinwohl“ für ideologische Zwecke zu vereinnahmen.

---

**Paraphrasierte Fassung des Zitats:**

*„Das Gemeinwohl ist kein Begriff mit positiv bestimmbarer Zukunft – und das ist gut so. Denn gerade in seiner strukturellen Unmöglichkeit bewahrt es uns vor dem Irrtum, das Allgemeine zu besitzen. Nur eine Form, die sich nicht anmaßt, alles zu sagen, schützt das Politische vor sich selbst.“*

Das folgende Kapitel bilden den ethisch-konzeptionellen Kern des Fazits: Es zeigt, dass das Gemeinwohl nicht als moralischer Inhalt, sondern als ethische Form des Verzichts, der Offenhaltung und der Nicht-Aneignung verstanden werden muss.

---

## **9.2 Gemeinwohl als negative Form politischer Ethik**

### **a) Vom normativen Universalismus zur formalen Ethik**

Die klassische politische Theorie denkt Ethik in Kategorien positiver Normativität:

- das Gute,
- das Gerechte,
- das Allgemeine.

Gemeinwohl erscheint darin als moralischer Zielpunkt kollektiver Praxis, als Instanz überindividueller Geltung, als regulatives Prinzip politischer Entscheidungen. Doch wie Ott in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt hat, ist diese positive Bestimmung in der Spätmoderne nicht mehr tragfähig – weder epistemologisch, noch sozial, noch politisch.

Was bleibt? Otts Antwort: Eine Ethik des Negativen. Keine Ethik, die nihilistisch wird – sondern eine Ethik, die ihre Begriffe nicht mit metaphysischem Überdruck auflädt, sondern sie durch Leere strukturiert.

Das Gemeinwohl wird dabei nicht abgeschafft, sondern freigestellt – in eine Form, die nicht besitzen will, sondern verweigert. In Otts Worten:

„Wo der Begriff nicht greift, beginnt die Verantwortung.“  
(Ott, Ethik ohne Objekt)

---

## **b) Negative Ethik als Verantwortung im Modus des Entzugs**

Was heißt das konkret? Ott denkt Ethik nicht als Antwort, sondern als Reaktion auf die Unbeantwortbarkeit des Politischen. Die negative Form des Gemeinwohls besteht nicht darin, ein ideales Ziel zu setzen, sondern:

- sich nicht gemein zu machen mit der positiven Besetzung des Allgemeinen,
- nicht zu repräsentieren, was sich strukturell entzieht,
- die Lücke offen zu halten, anstatt sie rhetorisch zu schließen.

In dieser Haltung liegt ein ethisches Pathos – aber ein nicht-hermetisches, nicht-universalistisches. Es ist die Haltung der strukturierten Verantwortung gegenüber dem, was nicht einlösbar ist: gegenüber dem Anderen, dem Unverfügbaren, dem Nicht-Integrierbaren.

„Das Gemeinwohl existiert nicht – und gerade darum ist es eine ethische Verpflichtung.“  
(Ott, Schattenontologie I)

---

### c) Die drei Dimensionen negativer Gemeinwohl-Ethik

Ott differenziert seine Konzeption in drei ethische Dimensionen:

1. Formale Verantwortung

Eine Politik, die sich nicht durch Inhalte legitimiert, sondern durch die Wahrung ihrer eigenen Begrenztheit. Das bedeutet: keine Letztbegründung, keine Identifikation, keine Totalisierung.

2. Asymmetrische Responsivität

Eine Ethik, die nicht vom Eigenen, sondern vom Anderen her denkt. In Anlehnung an Levinas begreift Ott Gemeinwohl nicht als gerechte Verteilung, sondern als strukturelle Offenheit gegenüber dem Nicht-Repräsentierten.

3. Ethik des Verzichts

Eine Haltung, die nicht weiß, aber dennoch antwortet. Nicht mit Wahrheit, sondern mit Form. Nicht mit Souveränität, sondern mit Verantwortbarkeit des eigenen Nichtwissens.

---

### d) Die Umkehrung des Gemeinwohlbegriffs

Ott schlägt keine neue positive Definition vor – sondern eine semantische Umkehrung:

<b>Klassische Ethik</b>	<b>Otts negative Ethik</b>
Gemeinwohl als Ziel	Gemeinwohl als Grenze
Gemeinwohl als Konsens	Gemeinwohl als Störung
Gemeinwohl als Besitz	Gemeinwohl als Entzug
Gemeinwohl als Inhalt	Gemeinwohl als Form

Diese Verschiebung ist nicht rein terminologisch – sie hat praktische Konsequenzen: Politische Entscheidungen müssen nicht auf ein Gemeinwohlziel hin legitimiert werden, sondern auf ihre Offenheit gegenüber dem, was sich dem Zugriff entzieht.

Damit wird der Begriff ethisch nicht überflüssig, sondern entgiftet.

---

### **e) Fazit: Ethik nach dem Ende des Gemeinwohls**

Was bleibt, wenn das Gemeinwohl nicht benannt, nicht repräsentiert, nicht gewusst werden kann? Für Ott ist das keine Niederlage, sondern ein ethischer Gewinn. Die negative Form erlaubt es:

- nicht alles sagen zu müssen,
- nicht alles lösen zu müssen,
- nicht alles vereinen zu müssen.

Sie schützt das Politische vor seiner eigenen Hybris – und sie bindet das Subjekt an eine Verantwortung, die über es hinausgeht, ohne je vollständig begründet werden zu können.

„Gemeinwohl ist das, worauf ich verzichten muss, damit das Andere nicht zum Opfer meiner Begriffe wird.“

(Ott, Ethik des Rücktritts)

---

:

---

## **9.3 Präzision im Schweigen, Strenge im Verzicht**

### **a) Kein Schlusswort: Die Ethik der Unabschließbarkeit**

Erwin Ott verweigert in bewusster Konsequenz jede affirmative Schlusspointe. Der Begriff des Gemeinwohls, so seine zentrale These, versagt nicht zufällig, sondern notwendig – und dieser Notwendigkeit darf auch die Theorie nicht durch ein tröstendes Fazit entkommen. Stattdessen fordert er eine Form des theoretischen Schweigens, das nicht aufgibt, sondern genau hinsieht, wo das Sagbare endet.

„Das Schweigen ist nicht die Abwesenheit des Begriffs, sondern seine äußerste Form.“  
(Ott, Grenzflächen des Politischen)

Ott sieht das Gemeinwohl nicht als abschließbare Kategorie, sondern als eine Offenhaltung, die methodisch, begrifflich und politisch diszipliniert geübt werden muss – nicht als Unentschlossenheit, sondern als Entschlossenheit zur Unschließbarkeit.

---

## **b) Präzision im Schweigen**

Was bedeutet Schweigen im Kontext politischer Theorie? Für Ott ist es nicht Zurückhaltung im trivialen Sinn, sondern eine präzise Disziplinierung des Sagbaren. In einer Zeit, in der politische Begriffe inflationär überladen, kommunikativ ausgehöhlt und strategisch missbraucht werden, ist die Entscheidung, etwas nicht zu behaupten, ein Akt theoretischer Genauigkeit.

Gemeinwohl als leerer Signifikant wird damit nicht ersetzt, sondern gerahmt – als Denkfigur im Modus des Rücktritts. Diese Haltung verlangt, dass Theorie auf sich selbst zurückblickt, auf ihre eigenen Setzungen, ihre eigenen Versuchungen, ihre eigenen Grenzen.

„Sagen, dass man nicht sagen kann – aber dies mit äußerster Genauigkeit.“  
(Ott, Disziplinen des Mangels)

---

## **c) Strenge im Verzicht**

Verzicht wird hier nicht moralisch-romantisch verstanden. Er ist keine noble Geste, sondern eine konzeptionelle Notwendigkeit. Der Verzicht auf die positive Definition des Gemeinwohls bedeutet:

- Verzicht auf Repräsentation des Allgemeinen,
- Verzicht auf Sinnstiftung durch das Ganze,
- Verzicht auf moralische Totalisierungen.

Dieser Verzicht ist nicht entpolitisierend – im Gegenteil. Er schafft Raum für ein politisches Denken, das sich nicht durch seine Inhalte legitimiert, sondern durch seine Form: die Form der Offenheit, der Reserve, der Unverfügbarkeit.

Ott spricht hier von einer „Ethik der strukturierten Selbstbegrenzung“ – einer Theoriehaltung, die nicht weniger, sondern mehr verlangt: mehr Aufmerksamkeit, mehr Strenge, mehr Verantwortung.

---

## **d) Gegen den Trost des Begriffs – und für seine Form**

Am Ende steht kein neues Gemeinwohlmodell, keine Definition, kein Entwurf. Was bleibt, ist ein Begriff im Entzug, der sich seiner Unmöglichkeit nicht schamhaft entzieht, sondern sie als seine Form akzeptiert. Dies ist – im Denken Otts – keine Niederlage der Theorie, sondern ihre genaueste Form:

- Gemeinwohl ist das, was gedacht werden muss, obwohl es nicht gewusst werden kann.
- Es ist das, was strukturiert – durch das, was es offen lässt.
- Es ist nicht das Ziel politischen Denkens, sondern seine Grenze.

„Der Begriff, der versagt, schützt vor dem Denken, das über alles verfügt. In diesem Schutz liegt seine Ethik.“  
(Ott, Versuch über das Gemeinwohl)

---

## **e) Abschließende Bemerkung**

Erwin Ott legt mit seinen Gedanken zu Gemeinwohl und Staatstheorie kein System vor, sondern eine asketische Theoriemeditation: auf die Form des Politischen im Entzug. Der Begriff des Gemeinwohls wird nicht überwunden, sondern in eine ethisch präzisierte Leere überführt – eine Leere, die trägt, gerade weil sie nicht füllt.

Der Text endet deshalb nicht mit einem Ergebnis, sondern mit einer Geste – der Geste des Zurücktretens.

---

---

## **Anhang: Vergleich zu anderen zeitgenössischen Ansätzen**

### **1. Gemeinwohl zwischen Universalismus und Dekonstruktion**

Die Gegenwartsphilosophie oszilliert im Umgang mit dem Gemeinwohlbegriff zwischen zwei Polen:

- einem normativen Rekonstruktivismus (v. a. im Anschluss an Habermas) und
- einem dezentrierenden Dekonstruktivismus (etwa bei Derrida, Nancy oder Laclau).

Otts Schattenontologie steht quer zu beiden Linien:

Sie teilt mit der Dekonstruktion die Skepsis gegenüber positiven Begriffen, verweigert aber deren oft spielerische Offenheit zugunsten einer strengen, ethisch orientierten Negativform. Ebenso nimmt sie den Ernst des normativen Anliegens auf, ohne jedoch dessen Grundbegrifflichkeit (z. B. „diskursive Einlösung“, „konsensuelle Legitimität“) zu übernehmen.

---

## **2. Habermas – und die Leerstelle des Anderen**

Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns bleibt dem rationalen Universalismus verpflichtet. Das Gemeinwohl erscheint dort als diskursiv erreichbares Allgemeines, vermittelt durch intersubjektive Geltung.

Otts Kritik:

- Die diskursiven Voraussetzungen selbst – Transparenz, Gleichheit, argumentatives Interesse – sind empirisch wie strukturell nicht gegeben.
- Das Gemeinwohl wird so zur funktionalen Leerstelle eines inzwischen kollabierten Ideals: ein „normatives Phantom mit rhetorischer Trift“.

Während Habermas an der Erreichbarkeit eines rationalen Konsenses festhält, besteht Ott auf dem Prinzip des Entzugs: Das Gemeinwohl entzieht sich nicht trotz, sondern wegen seiner Relevanz dem Zugriff.

„Was verhandelt werden kann, ist nicht das Allgemeine. Nur das Fragliche bleibt ethisch bindend.“

(Ott vs. Habermas, unveröffentlichtes Manuskript)

---

## **3. Laclau – das Gemeinwohl als leerer Signifikant**

Ernesto Laclaus Konzept des „leeren Signifikanten“ bildet eine zentrale Referenz in Kapitel 3.3. Auch Laclau geht davon aus, dass es kein positiv füllbares Allgemeines mehr gibt – weshalb politische Hegemonie sich um signifikante Leere organisiert.

Otts Differenz zu Laclau:

- Während Laclau die Leere strategisch nutzt (als Ort symbolischer Besetzung),
- verweigert Ott die symbolische Besetzung selbst.

Gemeinwohl bei Laclau: ein „Ort hegemonialer Artikulation“.

Gemeinwohl bei Ott: eine ethische Leerstelle, die nicht artikuliert werden darf, ohne sich selbst zu verraten.

Laclau bleibt im Spiel der Repräsentation – Ott bricht es ab.

---

#### **4. Nancy – das Un-Gemeinsame als Form des Gemeinsamen**

Jean-Luc Nancys Begriff des „être-en-commun“ (Sein-im-Gemeinsamen) weist strukturelle Nähe zu Otts Gemeinwohlform auf: Beide denken das Gemeinsame nicht als Einheit, sondern als Offenheit des Mitseins, als partage du sensible, als „Mit-Sein ohne Substanz“.

Otts Abgrenzung:

- Nancy bleibt stärker phänomenologisch und ästhetisch grundiert,
- Ott hingegen fordert eine ontologisch-ethische Strenge, die das Politische nicht als Ausdruck, sondern als strukturelle Leerstelle begreift.

Dennoch ist Otts Konzeption ohne Nancy kaum denkbar – insbesondere was die Idee einer formalen Ko-Existenz ohne gemeinsame Essenz betrifft.

„Nicht das, was uns eint, sondern das, worauf wir verzichten, macht das Gemeinsame möglich.“  
(Ott in Anschluss an Nancy)

---

#### **5. Agamben – Politik als Ausnahmeform**

Giorgio Agambens Begriff des „Gemeinwesens“ (im Kontext der Ausnahme, der Entsorgung des Politischen in bloßes Leben) bildet einen dunklen Horizont in Otts Denken. Beiden gemein ist:

- Die Ablehnung affirmativer Souveränitätsbegriffe,
- Die Betonung des Nicht-Repräsentierbaren,
- Die zentrale Rolle des Entzugs.

Unterschied:

- Agambens Diagnose bleibt vielfach genealogisch-diagnostisch,
- Otts Vorschlag ist ethisch-normativ negativ: eine minimale Handlungsethik im Modus des Schweigens.

„Nicht der Ausnahmezustand, sondern der begriffliche Rückzug ist der Ort der Verantwortung.“  
(Ott kontra Agamben)

---

## 6. Levinas – Verantwortung ohne Repräsentation

Otts Verhältnis zu Levinas ist das expliziteste – insbesondere in den Kapiteln 7.1–7.3.

Beide sehen die Ethik nicht als Regel, sondern als Beziehung zum Anderen, die nicht durch Wissen, sondern durch Nicht-Wissen konstituiert wird. Die Nähe zeigt sich in drei Punkten:

1. Asymmetrie der Beziehung (Ott übernimmt die Form ohne die Theologie),
2. Verantwortung vor Erkenntnis,
3. Negative Bestimmung der Ethik: nicht Wissen, sondern Wachen.

Ott radikalisiert jedoch Levinas' Ansatz durch seine politische Ontologie:

Nicht nur das Andere, sondern auch das Politische selbst entzieht sich. Der Staat, die Ordnung, das Recht – sie sind bei Ott nicht zu erlösende Kategorien, sondern Verzugsformen.

---

## Fazit: Position im Feld

Otts Schattenontologie steht weder im affirmativen Liberalismus noch im dekonstruktiven Spielraum, sondern an einem dritten Ort:

- Nicht-Konstruktion,
- Nicht-Repräsentation,
- Nicht-Sicherung,

... und genau darin: ethische Strenge durch Begriffsverzicht.

In einem Satz:

Ott nimmt dem Gemeinwohl den Inhalt, um ihm die Form zu lassen – als Form des Nichtverfügens, das ethisch bindet, gerade weil es nicht besessen werden kann.

---

---

## Vergleichstabelle: Zeitgenössische Zugänge zum Gemeinwohl

Fokus: Begrifflichkeit, Methode, Ethik, Politische Konsequenz

Denker / Theorie	Gemeinwohl-verständnis	Methode / Zugang	Ethik / Verantwortung	Politische Implikation	Abgrenzung zu Ott
Habermas	Diskursiv erreichbarer Konsens im Raum rationaler Kommunikation	Transzendental-pragmatisch, universalistisch	Verantwortung durch argumentative Rechenschaft	Demokratischer Rechtsstaat mit deliberativer Legitimität	Ott: lehnt Voraussetzungen (rationale Gleichheit, Öffentlichkeit) als empirisch unrealistisch ab
Laclau	Leerer Signifikant – Gemeinwohl als hegemoniales Projekt	Postmarxistisch, dekonstruktiv, hegemonie-theoretisch	Verantwortung als diskursive Konstruktion und Machtstrategie	Politik als Besetzung des Allgemeinen	Ott: lehnt symbolische Besetzung des Gemeinwohls strikt ab
Nancy	Sein-im-Gemeinsamen ohne Substanz	Phänomenologisch-dekonstruktiv, postontologisch	Ethik des Mit-Seins, ohne teleologische Einheit	Koexistenz ohne Zentrum, partielle Kollektivität	Ott: radikaler in der Begriffsaskese, stärker ontologisch
Agamben	Gemeinwesen im Modus der Ausnahme / Entsorgung des Politischen	Genealogisch, biopolitisch	Verantwortung im Schweigen des Rechts	Kritik souveräner Macht, Entlarvung von Einschluss-mechanismen	Ott: ethisch statt genealogisch, konstruktive Leerstelle statt bloßer Kritik
Levinas	Verantwortung vor dem Anderen – jenseits des Allgemeinen	Apophatisch, ethisch-metaphysisch	Verantwortung als nicht-darstellbare Beziehung	Keine direkte politische Theorie – ethischer Primat	Ott: übernimmt Ethik, überträgt sie aber auf politische Ontologie

Ott	Gemeinwohl als Form des Entzugs – regulative Leerstelle	Apophatisch-negativ, naturwissenschaftlich-streng	Verantwortung im Modus des Nicht-Wissens (ontologische Reserve)	Politik als strukturiertes Offenhalten – Institutionen des Verzichts	–
-----	---	---	---	--	---

---

### Legende zu Otts Abgrenzung:

- Keine positive Begrifflichkeit: Kein Versuch, „Gemeinwohl“ affirmativ zu definieren.
  - Verzicht auf Repräsentation: Gemeinwohl darf nicht symbolisch besetzt werden.
  - Ontologische Reserve: Das Politische wird durch das Nicht-Gegebene begründet.
  - Minimalinvasive Ethik: Strenge ohne Moralismus, Präzision ohne Substanz.
- 



## Diachronische Entwicklung des Gemeinwohlbegriffs – Von der teleologischen Totalität zur apophatischen Leere

Epoche / Paradigma	Vertreter	Gemeinwohl konzept	Grundannahme	Zentraler Wandel
I. Klassisch-Teleologisch	Aristoteles, Thomas von Aquin	Gemeinwohl = höchste Zweckordnung; telos des Politischen	Kosmologisch fundierte Ordnung mit natürlicher Hierarchie	Gemeinwohl als objektive, metaphysische Idee des Guten
II. Kontraktualistisch-Rational	Hobbes, Rousseau, Locke	Gemeinwohl = Ergebnis eines vernunftgeleiteten Gesellschaftsvertrags	Menschen schließen Vertrag zur Sicherung individueller Rechte	Subjektivierung des Gemeinwohls – vom Ziel zur rationalen Übereinkunft

III. Kritisch-Normativer Universalismus	Kant, Habermas	Gemeinwohl = durch vernünftige Diskursteilnahme intersubjektiv generierbar	Moralische Autonomie und kommunikative Rationalität	Entsubstanzialisierung – Allgemeines als Prozess, nicht als Inhalt
IV. Poststrukturell / Dekonstruktiv	Laclau, Derrida, Nancy	Gemeinwohl = leerer Signifikant / formale Koexistenz	Keine Substanz, nur Differenz und hegemoniale Besetzung	Repräsentations-skepsis, Machtkritik, Offenheit der Bedeutung
V. Ontologisch - Negativ /Apothatisch	Erwin Ott	Gemeinwohl = nicht affirmierbare Form im Entzug – ethische Leerstelle	Ontologische Unverfügbarkeit, Nichtwissen als Prinzip	Letzte Entleerung: Verzicht auf Begrifflichkeit als Form der ethischen Strenge

### Entwicklungslinien im Überblick:

Aspekt	Klassik	Moderne	Postmoderne	Ott
Wahrheitsbezug	Objektiv, metaphysisch	Subjektiv, rational	Relational, kontingent	Negativ, nicht-repräsentierbar
Form der Allgemeinheit	Natürlich, vorausgesetzt	Vertraglich, konstruiert	Strategisch, hegemonial	Im Entzug, apothatisch
Politikbegriff	Ordnung des Ganzen	Sicherung individueller Rechte	Ort symbolischer Kämpfe	Struktur des Verzichts
Ethikform	Teleologisch (das Gute)	Deontologisch (Pflicht, Vernunft)	Relational (Verantwortung, Macht)	Asketisch (Nichtwissen, Rücknahme)

Theoriehaltung

Affirmativ

Rational-  
pragmatisch

Dekonstruktiv,  
kritisch

Negativ-streng,  
begriffsasketisch

---

### **Fazit:**

Erwin Ott stellt nicht den nächsten Fortschritt in einer Reihe dar – sondern einen kategorialen Bruch:

Er führt den Gemeinwohlbegriff in seine strukturelle Unmöglichkeit über, ohne ihn aufzugeben, sondern um ihn als Leerstelle zu rehabilitieren: als Grenzbegriff politischer Ethik.

---